

Die DDR am Ende

Klaus Schroeder

Am 2. Oktober 1990 löste sich die DDR-Volkskammer auf, einen Tag später trat die DDR der Bundesrepublik bei. Damit verschwand ein von Kommunisten geführter sozialistischer Staat, der eine Alternative zur Bundesrepublik sein wollte. Das Ende der DDR war freilich schon knapp ein Jahr zuvor mit dem Fall der Mauer besiegelt. Zwar war die DDR im Herbst 1989 auf nahezu allen staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Feldern am Ende und ein Zusammenbruch stand unmittelbar bevor, die Freiheit erkämpften sich die Menschen jedoch selbst: durch Massendemonstrationen und Massenflucht. Insofern war der 9. November 1989 kein Geschenk der Herrschenden, sondern Resultat des Freiheitskampfes vieler Ostdeutscher. Die kommunistischen Machthaber waren unfähig, auf die gesellschaftliche Entwicklung im Herbst 1989 zu reagieren, zumal sie die sowjetische Führungsmacht nicht mehr hinter sich wußten und im gesamten Ostblock Freiheitsbewegungen agierten.

Eingeleitet wurde das Ende der DDR durch die im Sommer 1989 einsetzende Massenfluchtbewegung und die Massendemonstrationen ab Oktober. Die Entscheidung, auf Gewalt gegen Demonstranten zu verzichten, fiel endgültig am 9. Oktober in Leipzig. Im Vorfeld dieser Massendemonstrationen befürchteten viele eine „chinesische Lösung“ zur „Niederschlagung der Konterrevolution“. Doch die Herrschenden trauten sich nicht, die Demonstration von etwa 70 000 Menschen gewaltsam zu unterbinden. Sie schreckten letztlich vor einem Blutbad zurück. Tatsächlich dürfte die schiere Masse der Demonstranten den Einsatz von Gewalt seitens der „Sicherheitskräfte“ verhindert haben. Die Mobilisierung von über 3 000 Volkspolizisten, 8 000 „Soldaten“ der Betriebskampfgruppen, 1 500 NVA-Soldaten, einer unbekanntem Zahl von MfS-Bediensteten sowie 5 000 „gesellschaftlichen Kräften“ verpuffte im Nichts – 70 000 Demonstranten erzwangen den Durchbruch im friedlichen Protest gegen die sozialistische Diktatur.

Die SED versuchte, durch die Entmachtung von Honecker zu retten, was nicht mehr zu retten war. Die erst von Krenz und dann von Modrow eingeleitete „Wende“, die keine war, konnte den Niedergang nicht aufhalten. Die politischen und sozialen Erosionsprozesse setzten sich unvermindert fort. Insbesondere die Massenflucht – von Januar 1989 bis zum 9. November 1989 verließen fast 400 000 Personen die DDR Richtung Westen – offenbarte, daß der SED-Staat keine Überlebenschance mehr hatte. Hunderttausende Mitglieder verließen zudem die kommunistische Partei – die Zukunftsgewißheit, die ihnen die Parteiführung jahrzehntelang einredete, war aus den Köpfen entschwunden.

Mit der Wiedervereinigung trat ein, was westdeutsche Politiker wie Konrad Adenauer einst anstrebten: die Einheit in Freiheit. Die erkämpfte Freiheit war die Voraussetzung für die (nationale) Einheit. Für die Bürgerrechtler, die an der Spitze der Demonstrationen gegen die sozialistische Diktatur standen, war es eine friedliche Revolution, für SED-Ideologen eine Konterrevolution.¹ Am 3. Oktober 1990 verschwand zwar die DDR als Staat, aber ihr Erbe ging in das wiedervereinigte Deutschland ein und wirkt bis zum heutigen Tag nach.² Die jahrzehntelange sozialistische Diktatur mit ihrer zentralistischen Planwirtschaft hatte zu einer produktivitätsschwachen Mangelwirtschaft, einer

1 Vgl. Neubert, Ehrhart: Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90. München 2008.

2 Vgl. Schroeder, Klaus: Das neue Deutschland. Warum nicht zusammenwächst, was zusammengehört. Berlin 2010.

maroden Infrastruktur, einer Umweltzerstörung gigantischen Ausmaßes und politisch entmündigten Menschen geführt. Wer damals glaubte, dieses Erbe schnell überwinden zu können, sieht sich heute – 25 Jahre später – getäuscht.

Die Schwierigkeiten des Vereinigungsprozesses und das nur langsam abnehmende (ostdeutsche) Unbehagen an der Einheit können nur angemessen erklärt werden, wenn die jahrzehntelange Teilung und das Leben in diametral entgegengesetzten Gesellschaftssystemen berücksichtigt werden. Im Oktober 1990 standen sich zwei deutsche Teilsellschaften gegenüber, die sich vor allem in Sozialstruktur und Alltagskultur stark unterschieden. Die alte Bundesrepublik war sozial und kulturell eine mittelschichtsdominierte, die DDR eine verproletarisierte Gesellschaft. Eine hochgradig individualisierte und pluralisierte, substanziell in den Westen integrierte Gesellschaft³ stieß auf ein institutionell sowjetisiertes, im mentalen Kern aber doch eher typisch deutsches Gemeinwesen in einem sehr herkömmlichen, im Vergleich zur Bundesrepublik eher altmodischen Sinne.

Die in den achtziger Jahren dramatisch zunehmende Unzufriedenheit vieler Ostdeutscher mit den sozialistischen Verhältnissen resultierte weniger aus einem objektiven Mangel, denn die DDR war gegenüber anderen Ländern, insbesondere den sozialistischen Bruderländern, eher „wohlhabend“, sondern aus dem Kontrast zur vergleichsweise reichen Bundesrepublik, die für viele Ostdeutsche der Vergleichsmaßstab war. Gegenüber den Bundesbürgern hatten sich viele Ostdeutsche schon zu DDR-Zeiten als minderwertig, als zu kurz gekommen oder als Menschen zweiter Klasse gefühlt. Besonders demütigend war es, wenn in einem sozialistischen Bruderland mit D-Mark bezahlende Bundesbürger in Hotels und Restaurants gegenüber den mit „Alu-Chips“ zahlenden DDR-Bürgern bevorzugt wurden. Sie mußten schmerzhaft erfahren, daß spätestens beim Geld die sozialistische Freundschaft aufhörte.

Das Eingeständnis des wirtschaftlichen Scheiterns

In den Erinnerungen vieler Ostdeutscher mutiert die DDR knapp 25 Jahre nach ihrem Ende immer noch zu einem lebenswerten Sozialstaat.⁴ In der Rückschau werden einzelne, zumeist positive Aspekte des „gelebten Lebens“ herausgegriffen und als typisch für die DDR insgesamt herausgestellt.⁵ Mehr oder weniger unbewußt wird dadurch die Lebenswelt zum Schutzschild des Systems – der sozialistischen Diktatur –, das so schlecht nicht gewesen sein kann, wenn der einzelne auf ein erfülltes Leben zurückblicken kann. Um so wichtiger scheint es, die seinerzeitige Realität – auch im Vergleich zur Bundesrepublik – anhand überprüfbarer Fakten kurz darzustellen.

Günter Mittag, seit den sechziger Jahren in maßgeblichen Funktionen für die DDR-Wirtschaft zuständig, faßte in einem *Spiegel*-Interview knapp ein Jahr nach der Wiedervereinigung die wirtschaftliche Situation in der Endphase der DDR mit drastischen Worten zusammen: „Man denke nur, angesichts der schwierigen Lage in der Sowjetunion, was heute hier los wäre, wenn es die DDR noch gäbe. Unbeschreiblich. Da läuft es mir heiß und kalt über den Rücken. Mord und Totschlag, Elend, Hunger. Es reißt mir

3 Vgl. Schroeder, Klaus: Gesellschaft und Politik – der Sozialstaat im Spannungsfeld von Gesellschaft und Politik. In: Lernfeld Politik, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1992, S. 171 ff.

4 Die Weichzeichnung der DDR durch ältere Ostdeutsche wird in Schulen und insbesondere Familien auch an jüngere Generationen weitergegeben; vgl. Deutz-Schroeder, Monika/Schroeder, Klaus: Soziales Paradies oder Stasi-Staat? Das DDR-Bild von Schülern – ein Ost-West-Vergleich. Stamsried 2008.

5 Vgl. die Kommentare in: Deutz-Schroeder, Monika/Schroeder, Klaus: Oh, wie schön ist die DDR. Kommentare und Materialien zu den Ergebnissen einer Studie. Schwalbach/Taunus 2009.

das Herz kaputt. Mein Wunsch ist, Vertrauen in die Zukunft zu schaffen. Das ist wichtig. Jeder Mensch braucht Zuversicht, braucht etwas, woran der sich festhalten kann.“⁶ Das knappe Fazit des für den Absturz der DDR-Wirtschaft obersten Verantwortlichen lautete: „Das sozialistische System insgesamt war falsch.“

Schon Anfang der achtziger Jahre war nachdenklichen Wirtschaftsexperten der SED die Zuversicht abhanden gekommen. Im Rückblick sprach Günter Mittag aus, was der damalige Vorsitzende der Zentralen Plankommission, Gerhard Schürer, bereits Jahre zuvor angedeutet hatte. Seiner Meinung nach deutete sich der ökonomische Kollaps bereits 1981 an und wurde für Wirtschaftsexperten 1983 offensichtlich.⁷ Doch damals ignorierten Mittag und SED-Generalsekretär Erich Honecker Warnungen vor einer wachsenden Auslandsverschuldung und einer sozialpolitischen Überforderung der Wirtschaft und betonten statt dessen die Notwendigkeit des sozialpolitischen Status quo zu Lasten von dringend notwendigen Investitionen in Industrie und Infrastruktur. Die bittere Realität – der sich beschleunigende Niedergang der sozialistischen Volkswirtschaft – wurde schlichtweg ausgeblendet. In Anlehnung an den sowjetischen KP-Chef Breschnew und angesichts der dramatisch abnehmenden Akzeptanz der marxistisch-leninistischen Ideologie und ihrer Zukunftsversprechen avancierte die Sozialpolitik zum politischen Kern des realen Sozialismus. Erst nach dem erzwungenen Rücktritt Honeckers am 17. Oktober 1989 und der kurzzeitigen Machtübernahme durch die SED-Politbüromitglieder Egon Krenz und Günter Schabowski wurde das ganze Desaster der DDR-Wirtschaft einem größeren Kreis von führenden SED-Politikern offenbar.

Die genaueste Kenntnis des Zustandes der sozialistischen Wirtschaft hatte wohl das MfS, das in jedem größeren Betrieb offizielle und inoffizielle Mitarbeiter platziert hatte, um den Stand der Planerfüllung und das Verhalten der Belegschaft zu kontrollieren. Aus der Fülle von Einzelberichten verfaßten Mitarbeiter regelmäßig generalisierende Zustandsbeschreibungen.

Am 27. Oktober 1989 trug der für Volkswirtschaft zuständige oberste MfS-Offizier, Generalleutnant Kleine, seinen Abteilungsleitern eine schonungslose Krisenanalyse vor, die wenig Hoffnung aufkommen ließ. Kleine beklagte unter anderem einen Verschleißgrad in sensiblen Bereichen der Industrie von über 50 Prozent (bei landwirtschaftlichen Anlagen von 65 Prozent), total veraltete Kraftwerksanlagen sowie die technologisch zurückgebliebene und mit unverträglich hohen Kosten verbundene Produktion mikroelektronischer Speichermedien. Auf Anweisung von Günter Mittag hatte die DDR zwischen 1986 und 1989 in die weitere Entwicklung der Mikroelektronik insgesamt etwa 3,5 bis 4 Milliarden Valuta-Mark investiert. Für den obersten Wirtschaftslenker der DDR ging es hierbei um „Sieg oder Niederlage“. Dieses Vorhaben endete in einem Fiasko: Der im Jahr 1988 von der DDR mit Kosten von 93 Mark je Stück hergestellte 64-Kbit-Chip war auf dem Weltmarkt für 1 US-Dollar, der mit einem Aufwand von 534 Mark produzierte 256-Kbit-Chip für 2 US-Dollar erhältlich.⁸

In seiner Analyse argumentierte Kleine, zur Wiederherstellung ökonomischer und damit verbunden politischer Stabilität sei ein dynamisch wachsendes Nationaleinkommen von mindestens vier Prozent jährlich sowie ein hohes verteilbares Endprodukt zur guten Versorgung der Bevölkerung, zur materiell-technischen Sicherung der Produktion und zur Erfüllung der Exportaufgaben notwendig. Angesichts des veralteten Maschinenparks

6 Vgl. Der Spiegel 37/1991, S. 104.

7 Vgl. Schürer, Gerhard: Gewagt und verloren. Frankfurt/Oder 1998.

8 Vgl. Hertle, Hans-Hermann: Die Diskussion der ökonomischen Krisen in der Führungsspitze der SED. In: Theo Pirker u. a.: Der Plan als Befehl und Fiktion: Wirtschaftsführung in der DDR. Opladen 1995, S. 336.

sah er nur eine Möglichkeit zur wirtschaftlichen Sanierung der DDR: „Die erforderliche Zunahme des Nationaleinkommens muß ausschließlich durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität erzielt werden, andere Wachstumsquellen stehen uns weder heute noch morgen zur Verfügung.“⁹ Doch gerade die Arbeitsproduktivität hatte sich im Laufe der Jahre zur Achillesferse der zentralistischen Planwirtschaft entwickelt. Für den in der DDR und von manchem heute noch heiß geliebten und verehrten Lenin war die Arbeitsproduktivität das Allerwichtigste im Kampf der Systeme. „Der Kapitalismus kann endgültig besiegt werden und wird dadurch endgültig besiegt werden, daß der Sozialismus eine neue, weit höhere Arbeitsproduktivität schafft.“ Die Prophezeiung war richtig – allerdings verwechselte Lenin den Sieger mit dem Besiegten.¹⁰

Für die Modernisierung der Wirtschaft seien laut Kleine mindestens 500 Milliarden Mark notwendig. „Ich möchte noch einmal wiederholen, der Investitionsbedarf für die produktiven Grundfonds entspricht der Höhe von zwei jährlichen Nationaleinkommen! Jeder von uns hat so viel ökonomische Kenntnisse, um einschätzen zu können, daß die Überwindung dieses Zustandes nicht in einem, nicht in zwei und auch nicht in fünf Jahren erfolgen kann, sondern einen langen Zeitraum einnehmen wird.“

Dem zuständigen Stasi-Offizier war also sehr wohl bewußt, daß die Modernisierung der DDR-Wirtschaft nicht über Nacht und nicht ohne tiefe soziale Einschnitte erfolgen konnte. Für eine Kernfrage der wirtschaftlichen Sanierung und Modernisierung hielt er die Durchsetzung des Leistungsprinzips und verwies auf einen Leitartikel der *Berliner Zeitung* – des Organs der Ost-Berliner SED-Bezirksleitung –, die angesichts der desolaten Lage ganz neue Töne gegenüber den Werktätigen anschlug: „Im neuen Jahrzehnt der DDR zählt mehr denn je die Leistung. Natürlich ist auch die Bereitschaft dazu wichtig. Aber es zählt eben nur die tatsächliche Leistung, und dieses mit Geld verbundene Prinzip sollte wohl wesentlich genauer durchgesetzt werden. Beim Durchsetzen des Leistungsprinzips ein deutliches Stück voranzukommen wäre eine lohnendere Form für den Sozialismus.“ Damit sprach das SED-Organ an, was Walter Ulbricht in der Frühphase des realen Sozialismus mehrfach angemahnt, sein Nachfolger Erich Honecker jedoch nicht mehr ausdrücklich gefordert hatte: eine angemessene Arbeitseinstellung, die sich über rechtliche oder materielle Sanktionen nicht herstellen ließ.

Die von vielen Werktätigen erbrachten realen Arbeitsleistungen schätzte der MfS-General eher skeptisch ein. Er beklagte hohe Ausfallzeiten aufgrund von Krankheit, Freistellung, materialbedingten Warte- und Stillstandzeiten und unentschuldigtem Fehlen. Ein landesweites Problem seien auch von Betriebsleitern genehmigte Freistellungen wie

- „Verlassen des Betriebes zum Einkauf von Lebensmitteln, Baustoffen oder so genannten Mangelwaren (wegen unkontinuierlicher oder unzureichender Warenbereitstellung im Territorium),
- Abwesenheit, weil sich Handwerker in der Wohnung angesagt haben,
- späteres Erscheinen oder früheres Verlassen des Arbeitsplatzes,
- Ausfallzeiten wegen gesellschaftlicher Verpflichtungen, insbesondere für Plandiskussionen und Versammlungen, werden oft nur dann erfaßt, wenn sie Leistungslöhner betreffen, für Zeitlöhner und Angestellte gibt es keine Aussagen.“

Seine Vorschläge zur Sanierung der Wirtschaft blieben jedoch eher allgemein, zumal gerade ihm bekannt war, daß eine zu Lasten des Lebensstandards zielende wirtschaftspolitische Strategie zu weiteren sozialen und politischen Unruhen führen mußte. „Wir

⁹ Vgl. die in Schroeder, Klaus: *Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR 1949–1990.* Köln/Weimar/Wien 2013, S. 1032 ff. als Dokument abgedruckte Rede Kleines.

¹⁰ Vgl. Schroeder, Klaus: *Das Erbe des SED-Staates.* In: FAZ vom 8. Dezember 2014, S. 8.

wissen alle aus unserer politisch-operativen Arbeit, dass die Werktätigen zunehmend unduldsam und zum Teil ultimativ auf die jahrelang gehäuften Probleme und Missstände im volkswirtschaftlichen Produktionsprozess reagieren und auch mehr und mehr den Argumenten des ‚Neuen Forums‘, anderer Gruppierungen sowie der evangelischen Kirche zugänglich werden“, so seine eher pessimistische Lageeinschätzung. Viel Hoffnung konnte der oberste Wirtschaftsinformant seinen versammelten Abteilungsleitern nicht mit auf den Weg geben. Er zitierte abschließend die Schriftstellerin und ehemalige sowjetische „Kundschafterin“ Ruth Werner mit den Worten: „Sie sind ratlos und können nachts nicht schlafen. Sie sagen, sie haben die Kraft, mit mancher Enttäuschung fertig zu werden, wenn es nur den Ausblick auf ein Vorwärts gibt. Wir haben so prächtige Menschen in der DDR, ich möchte, dass sie besser schlafen können, damit sie besser anpacken können. Ab liebsten schon morgen.“¹¹

Die vom MfS vorgenommene wirtschaftliche Lageeinschätzung deckte sich weitgehend mit der von der AG Zahlungsbilanz für das Politbüro vorgelegten Stellungnahme vom 30. Oktober 1989. In den als „Schürer-Papier“ bekannten Ausführungen wird eine „grundsätzliche Änderung der Wirtschaftspolitik der DDR gefordert, verbunden mit einer Wirtschaftsreform“. Nach Meinung der Finanzspezialisten müßten Leistung und Verbrauch wieder in Übereinstimmung gebracht werden. „Es kann im Inland nur das verbraucht werden, was nach Abzug des erforderlichen Exportüberschusses für die innere Verwendung als Konsumtion und Akkumulation zur Verfügung steht. Das bedeutet, dass der Zuwachs des im Inland verwendeten Nationaleinkommens zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit der DDR gegenüber dem NSW in den nächsten Jahren deutlich niedriger liegen muss als die Entwicklung des produzierten Nationaleinkommens.“

Ein besonderes, kaum zu bewältigendes Problem sei die Verschuldung: „Allein ein Stoppen der Verschuldung würde im Jahre 1990 eine Senkung des Lebensstandards von 25–30 % erfordern und die DDR unregierbar machen.“ Die Autoren sahen nur einen Ausweg aus dieser Misere: „[...] mit der Regierung der BRD über Finanzkredite in Höhe von 2 bis 3 Milliarden Valuta-Mark über bisherige Kreditlinien hinaus zu verhandeln [...]“. Die Parteiführung sollte nach Meinung der Autoren die westdeutsche Seite mit einer neuen deutschlandpolitischen Offensive zur Bereitstellung notwendiger Kredite locken: der schrittweisen Öffnung der Grenze.¹² Schon zehn Tage später waren diese Vorschläge durch den Fall der Mauer jedoch hinfällig.

Gerhard Schürer blieb von daher nur das Eingeständnis, „seit vielen Jahren in dem Konflikt (zu leben): Wieweit kann ich mit meiner als Wahrheit erkannten Meinung gehen, wenn sie nicht der offiziellen Parteilinie entspricht? Wie diene ich der Partei am besten – wenn ich mich nach Darlegung der Probleme eben dann gefaßtem Beschluss füge? Das habe ich getan und glaubte ich auch tun zu müssen, weil es dem Statut entspricht. Oder wäre es besser gewesen, so weit zu gehen, den Skandal, den Ausschluß, in Kauf zu nehmen? Wie kann ich aber dann der Partei dienen, die Wahrheit zu finden, weiterarbeiten und meine Kraft dafür geben?“¹³

Damit brachte Schürer das Dilemma von Wirtschaftsfachleuten in der DDR auf den Punkt: Wider besseres Wissen hatte man sich immer wieder den Beschlüssen und Wei-

11 Dieses Zitat findet sich ebenfalls in den Ausführungen von Kleine (vgl. Fußnote 9.)

12 Vgl. die im DeutschlandArchiv Nr. 10/1992, S. 1112 ff. abgedruckte Analyse zur ökonomischen Lage der DDR.

13 Zitiert nach: Stephan, Gert-Rüdiger (Hrsg.): „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“ Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/89. Berlin 1994, S. 232.

sungen der Parteiführung gebeugt. Ob allerdings ihre Vorschläge zu einer grundlegenden Sanierung der Wirtschaft geführt hätten, kann angesichts der strukturellen Defizite und Mängel einer zentralistischen Planwirtschaft bezweifelt werden.¹⁴

Die fortdauernde Realität der Mangelwirtschaft

Bis zum Ende blieb der Alltag im SED-Staat von Materialknappheit und Versorgungsmängeln geprägt. Insofern läßt sich die DDR-Ökonomie im wahrsten Sinne des Wortes als Mangelwirtschaft kennzeichnen. Während Materialknappheit immer wieder zu Produktionsausfällen und Wartezeiten in der Produktion führte, beeinträchtigte die mangelnde Versorgung mit Konsumgütern den Lebensalltag der Menschen nachhaltig. Engpässe gab es nicht nur bei Südfrüchten und hochwertigen Importgütern, sondern auch bei für den Alltag unverzichtbaren Produkten wie Lebensmitteln, Kinderschlafanzügen, Schuhen etc.

Zur Beobachtung von Versorgungsmängeln setzte die Parteiführung eine jede Woche tagende Arbeitsgruppe ein, in der hochrangige Staatsfunktionäre vertreten waren. Kurz vor Weihnachten 1988 beispielsweise konstatierte diese Arbeitsgruppe Lieferrückstände bei Lebkuchen, eine nicht bedarfsgerechte Bereitstellung von Schokotrunk und Kakaopulver, die unzureichende Sicherung des geplanten Aufkommens an Schlachtvieh und Milch sowie Probleme bei der Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch- und Wurstwaren. Hinzu kamen Schwierigkeiten beim Angebot des Farbfernsehers Color.¹⁵

Probleme in der Konsumgüterversorgung hatten Anfang der achtziger Jahre zur wirtschaftspolitischen Entscheidung der SED-Führung geführt, alle Betriebe der Schwerindustrie und des Maschinenbaus hätten neben ihrer Hauptproduktion auch Konsumgüter herzustellen. Selbst hoch innovative Betriebe wurden als Folge dieser Anweisung mit der Herstellung von Eierbechern, Gartenzwerge und anderen trivialen (Alltags)Dingen beauftragt.

Im Sommer 1989 wurde nicht nur das Gemüseangebot, sondern auch die Versorgung der Bevölkerung mit Puddingpulver zu einem Politikum. Der zuständige Minister befahl die Durchführung von Sonderschichten im VEB Ring Mittweida des Kombinars Nahrungsmittel und Kaffee, um die Bevölkerung mit Puddingpulver versorgen zu können. Probleme gab es ebenfalls bei der bedarfsgerechten Versorgung mit Gummibadehauben und bei Damenslips, deren Nachfrage im Jahre 1989 nicht mehr aus eigener Produktion gedeckt werden konnte, so daß ein zusätzlicher Import von vier Millionen Damenslips für sechs Millionen Valuta-Mark angeordnet wurde.¹⁶

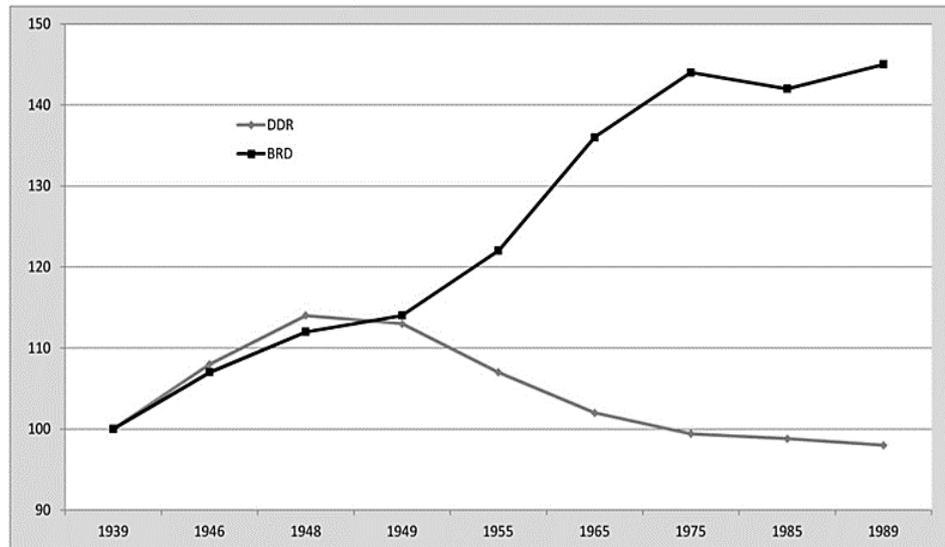
14 Zu den prinzipiellen Mängeln und Defiziten einer zentralistischen Planwirtschaft vgl. Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR 1949–1990, Köln/Weimar/Wien 2013, S. 625 ff. und Schroeder, Klaus: Vom gescheiterten Plan zum Markt. In: FAZ vom 25.9.2015, S. 20.

15 Vgl. Mittelbach, Hans: Entwicklung und Umbrüche der Einkommens- und Vermögensverteilung in Ostdeutschland vor und nach der deutschen Vereinigung (1970–1994). Regensburg 2005, S. 65.

16 Vgl. Schneider, Gernot: Lebensstandard und Versorgungslage. In: Kuhrt, Eberhard u. a. (Hrsg.): Am Ende des realen Sozialismus (II). Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den achtziger Jahren. Opladen 1996, S. 112.

Da die Produktion von Damenslips offenbar schon vorher auf nicht zu überwindende Schwierigkeiten gestoßen war, veröffentlichte der Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD) eine Nähanleitung, damit an Slips notleidende Frauen selber zum Nähzeug greifen konnten. Die für den DFD zuständige Kandidatin des Politbüros, Inge Lange, berichtete hierüber dem Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats Günther Kleiber. Leider ließe sich trotz aller Bemühungen seitens des DFD kein Exemplar eines zugeschnittenen Schlüpfers mit Nähanleitung mehr auftreiben – alle seien vergriffen.¹⁷

Schaubild 1: Bevölkerungsentwicklung in der BRD und der DDR



Index (1939 = 100)

Quelle: Merkel, Wilma/Wahl, Stefanie (1991): Das geplünderte Deutschland. Die wirtschaftliche Entwicklung im östlichen Teil Deutschlands 1949-1989; Bonn.

Wirtschaftskraft, Produktivität und Kaufkraft

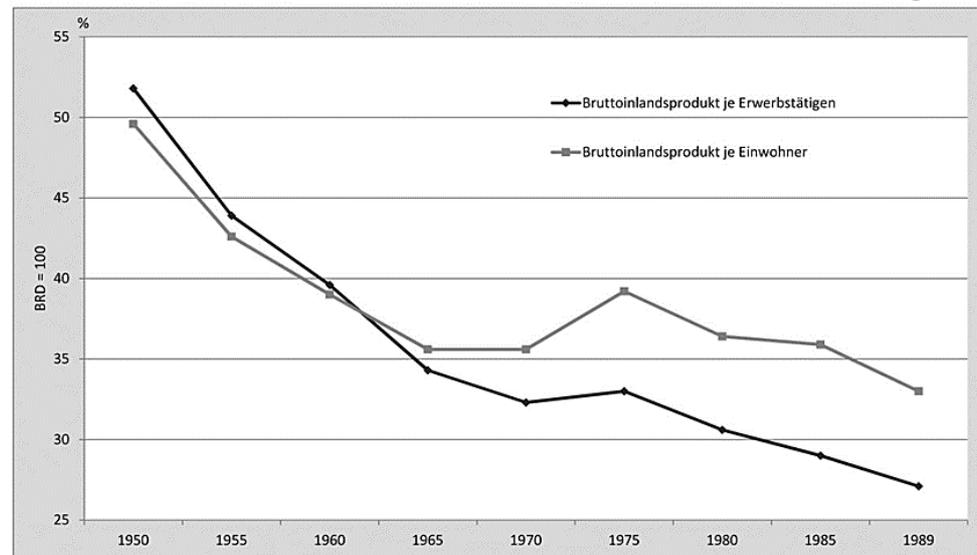
Der Zustand der DDR-Wirtschaft kann sinnvoll nur relativ erfaßt und bewertet werden. Der sogar selbst gewählte Vergleichsmaßstab war das Niveau der bundesrepublikanischen Wirtschaft, das Walter Ulbricht bekanntlich nicht nur einholen, sondern überholen wollte. Unmittelbar nach Kriegsende war die wirtschaftliche Situation in der SBZ etwas besser als im Durchschnitt der drei Westzonen. Durch die wesentlich höheren Demontagen und Reparationen, die die DDR leisten mußte, die hohen Kosten des Aufbaus eines umfassenden Macht- und Sicherheitsapparates und vor allem durch die Änderung der Eigentumsordnung und die damit einhergehende Vertreibung der wirtschaftlichen Eliten geriet sie jedoch schnell in Rückstand. Im Jahre 1950 lagen Wirtschaftskraft und Produktivität nur noch bei etwa der Hälfte des westdeutschen Niveaus.

Wie obigem Schaubild zu entnehmen ist, entwickelte sich die Bevölkerung in den beiden deutschen Staaten gegenläufig: In der Bundesrepublik stieg die Einwohnerzahl kontinuierlich an, in der DDR sank sie vom ersten bis zum letzten Tag ihrer Existenz. Diese Entwicklung begünstigte den Wirtschaftsprozess in der Bundesrepublik und behinderte ihn in der DDR.

¹⁷ Der Brief von Inge Lange (Kandidatin des SED-Politbüros) an Günther Kleiber (Mitglied des SED-Politbüros) über Damenschlüpfer zum Selbstnähen vom 16. August 1989 ist abgedruckt in: Schroeder: Der SED-Staat, S. 1018.

Gemessen am materiellen Wohlstandsindikator „reales Bruttoinlandsprodukt pro Kopf“ erreichte der SED-Staat im Jahre 1989 gerade einmal ein Drittel des westdeutschen Niveaus. Dieser Wert entsprach dem Mitte der fünfziger Jahre in der Bundesrepublik erreichten Stand. Die Überlegenheit der westdeutschen Wirtschaft zeigt sich noch deutlicher, wenn die Produktivität (BIP pro Erwerbstätigem) betrachtet wird. Die DDR kam hier je nach Berechnungsmethode auf nur etwa 13 bis 30 Prozent des westdeutschen Niveaus. Geht man von einem Mittelwert aus und berechnet die Produktivität pro Arbeitsstunde, betrug die Produktivität der DDR-Wirtschaft 1989 in etwa ein Fünftel bis ein Viertel des westdeutschen Niveaus.¹⁸

Schaubild 2: Wirtschaftskraft und Produktivität im BRD-DDR-Vergleich



In Preisen von 1989 auf DM-Basis.

Quelle: Merkel, Wilma/Wahl, Stefanie (1991): Das geplünderte Deutschland. Die wirtschaftliche Entwicklung im östlichen Teil Deutschlands 1949-1989; Bonn.

Wie aus Schaubild 2 ersichtlich, verschlechterten sich Wirtschaftskraft und Produktivität gegenüber der bundesdeutschen Ökonomie – abgesehen von einer kurzen Phase Mitte der siebziger Jahre, als die Ölkrise die westdeutsche Wirtschaft kurzzeitig schwächte – von 1950 bis 1989 kontinuierlich. In den fünfziger Jahren beeinträchtigten noch die hohen Kosten der „revolutionären Umgestaltung“ der Gesellschaft die Wirtschaft, während in den sechziger Jahren das sprunghaft ansteigende und genutzte Innovationspotenzial die westdeutsche Ökonomie beflügelte und die Schere zu Lasten der DDR-Wirtschaft vergrößerte. Letztere wurde nach einem kurzzeitigen Aufschwung von Anfang bis Mitte der siebziger Jahre durch steigende Kosten für Sozialleistungen und Subventionen belastet. In den letzten fünfzehn Jahren vor der Wiedervereinigung entfernte sich die Wirtschaftskraft der DDR immer stärker von der der Bundesrepublik.

Etwas kompensieren konnte die DDR das niedrige Produktivitätsniveau durch einen wesentlich höheren Beschäftigungsgrad sowie eine seit den sechziger Jahren um etwa zehn Prozent höhere effektive Jahresarbeitsstundenzahl je Erwerbstätigen. Gleichwohl blieb das Ergebnis im Vergleich zur Bundesrepublik auch auf der individuellen Ebene ernüchternd. Die durchschnittlichen (individuellen) Nettolöhne erreichten in etwa 40 Prozent, die durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen der Arbeiter- und Angestelltenhaushalte kaufkraftbereinigt knapp 50 Prozent des westdeutschen Vergleichswertes, wobei sich die Diskrepanz zwischen individuellem und Haushaltseinkommen aus der höheren Zahl der Erwerbstätigen pro Haushalt in der DDR (zwei zu 1,5) erklärt. Die

18 Schwarzer, Oskar: Sozialistische Zentralplanwirtschaft in der SBZ/DDR. Stuttgart 1999, S. 166.

Kaufkraft des durchschnittlichen ostdeutschen Haushaltsnettoeinkommens entsprach damit 1989 in etwa den durchschnittlichen Sozialhilfeleistungen für eine vierköpfige Familie in einer bundesdeutschen Großstadt.

Konsumartikel	DDR	BRD
	1989	1989
Kaffee, 1 kg	701,9	53,26
Schnittkäse, 1 kg	116,26	36,9
Butter, 1 kg	88,33	25,89
Bier, 1 l	19,08	5,7
Kartoffeln, 1 kg	2,26	3,16
Weizenmehl, 1 kg	12,79	3,68
Äpfel, 1 kg	19,87	8,58
Südfrüchte/Apfelsinen, 1 kg	43,48	8,4
Möhren	6,39	4,9
1 kwh Strom	0,79	1,27
Straßenbahn-Omnibusfahrt	1,97	6,26
Strumpfhose für Damen	123,84	15,59
Reglerbügeleisen	389,31	129,44
Herrenoberhemd	535,48	169,82
Liegesofa/Doppelliegesofa	15.023,7	2.725,38
Herren-Quarz-Armbanduhr	1.325,61	382,98

Quelle: Ragnitz, Joachim u.a. (2009): Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen Fortschritte im Osten Deutschlands 1989–2008. Dresden, S. 40.

Das unterschiedliche Kaufkraftniveau der Einkommen wird anschaulich, wenn nicht die Preise, sondern die zum Kauf bestimmter Waren oder Dienstleistungen erforderliche Arbeitszeit verglichen wird (siehe Tabelle 1). Ein westdeutscher Arbeitnehmer mußte Ende der achtziger Jahre knapp drei Stunden arbeiten, um sich ein Herrenoberhemd kaufen zu können; sein DDR-Kollege benötigte hierfür knapp neun Stunden. Geradezu dramatische Unterschiede ergaben sich bei sogenannten Luxusgütern. So reichte der Lohn von etwas mehr als einem halben Jahr in der DDR gerade für den Kauf eines Farbfernsehgerätes, während der westdeutsche Arbeitnehmer dafür drei (höherwertige) Geräte erwerben konnte.¹⁹ Um ein Liegesofa zu erwerben, mußte der Werktätige in der DDR etwa fünfmal mehr Stunden arbeiten als der westdeutsche Arbeitnehmer. Selbst bei Alkoholika waren die Ostdeutschen im Nachteil. Sie hatten knapp zwanzig Minuten für ein einen Liter Bier zu arbeiten, westdeutsche nur knapp sechs Minuten. Für eine Flasche deutschen Weinbrands waren sie mehr als fünf Arbeitsstunden aktiv, während im Westen hierfür knapp eine Stunde reichte, und eine Herrenquarzarmbanduhr erforderte gut 22 Arbeitsstunden, während im Westen hierfür nur gut sechs Stunden nötig waren.

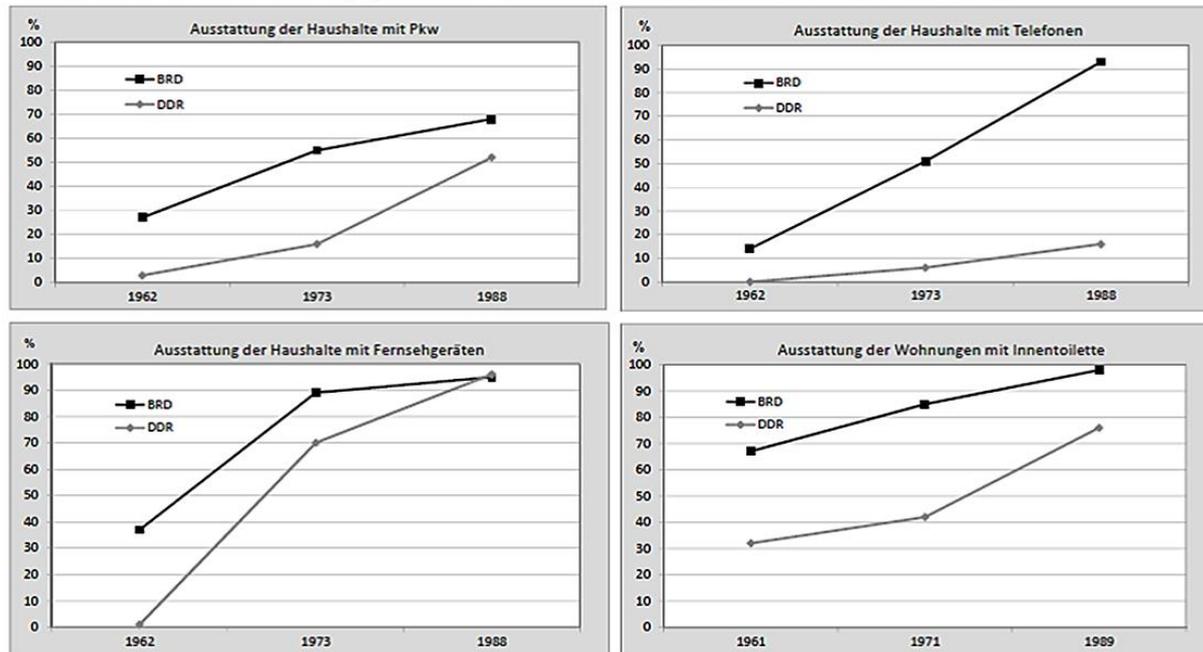
Bei den vom Staatshaushalt stark subventionierten Waren ebneten sich die Unterschiede etwas ein bzw. waren Werktätige sogar im Vorteil, so zum Beispiel bei Grundnahrungsmitteln wie Brot oder bei Strom, Fahrkarten für öffentliche Verkehrsmittel und vor allem bei den Mieten. Für die Monatsmiete einer Zwei-Zimmer-Neubauwohnung mit Küche und Dusche oder Bad wendete der ostdeutsche Arbeitnehmer 13,5 Stunden, der westdeutsche knapp die doppelte Zeit auf.²⁰

19 Vgl. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): Zahlenspiegel. BRD Deutschland/Deutsche Demokratische Republik. Ein Vergleich. Bonn 1988, S. 77.

20 Vgl. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): Zahlenspiegel, S. 77.

Subventionen und Preisfestsetzungen begünstigten im Vergleich der Ost-West-Haushalte die unteren Einkommensklassen in der DDR. In den höheren Einkommensgruppen, in denen technische Konsumgüter eine stärkere Rolle spielten, vergrößerte sich die Wohlstandsdifferenz zugunsten des Westens. Bei dieser vergleichenden Betrachtung bleiben freilich qualitative Aspekte außer Betracht.

Schaubild 3: Ausstattung privater Haushalte in Ost und West 1962-1989



Quelle: Geißler, Rainer (1992): Die Sozialstruktur Deutschlands; Wiesbaden; Schwarzer, Oskar (1999): Sozialistische Zentralplanwirtschaft in der SBZ/DDR; Stuttgart.

Das unterschiedliche Wohlstands- und Einkommensniveau drückte sich in einer deutlich verbesserten quantitativen und qualitativen Ausstattung der bundesrepublikanischen Haushalte mit langlebigen Konsumgütern aus. Allerdings erlebten auch die DDR-Haushalte seit den siebziger Jahren einen bescheidenen Wohlstandsaufschwung. Hinter den in Schaubild 3 abgebildeten Quantitäten der langlebigen Konsumgüter verbirgt sich jedoch eine unterschiedliche Qualität: Im Vergleich zur Bundesrepublik waren technische Konsumgüter der DDR veraltet und rückständig.²¹

Bis zum bitteren Ende hielt die SED-Führung an ihrer Subventionspolitik fest, die vielleicht in den fünfziger und sechziger Jahren eine gewisse Berechtigung, aber in den achtziger Jahren nicht beabsichtigte Folgen hatte. Ursprünglich sollte durch die Subventionierung von Grundnahrungsmitteln, Energie und ähnliches sowie die Festsetzung niedriger Mieten auch ärmeren sozialen Schichten ein angemessener, wenn auch vergleichsweise bescheidener Lebensstandard ermöglicht werden. Im Laufe der Jahrzehnte wurde jedoch die gesamte Bevölkerung unabhängig von ihrem Einkommen subventioniert, was nicht zuletzt zu dem erwähnten Geldüberhang führte. Die „Zuwendungen für die Bevölkerung aus Mitteln des Staatshaushalts“, wie die staatlichen Subventionen offiziell hießen, erhöhten sich von 26 Milliarden Mark im Jahre 1971 auf annähernd 111 Milliarden Mark im Jahre 1988, was einer Steigerung pro Kopf der Bevölkerung von 1 500 Mark auf 6 600 Mark entspricht. Die jährlichen Bruttoarbeitseinkommen in der Industrie stiegen dagegen im gleichen Zeitraum nur von durchschnittlich 9 000 Mark

21 Vgl. Müller, Susanne: Von der Mangelwirtschaft zur Marktwirtschaft. Analyse der Konsumbedingungen und des Konsumverhaltens in der DDR. Berlin 2000, S. 69 ff. und 114 ff.

auf 16 000 Mark. Die staatlichen Subventionen umfaßten im Jahre 1989 fast ein Viertel des Nettogeldeinkommens.²²

Sowohl die hohe Subventionierung von Gütern und Dienstleistungen des alltäglichen Lebens (unter anderem Grundnahrungsmittel, Mieten, Wasser, Strom und Heizung) als auch die sogenannten doppelten Preise, die zwischen Endverbrauchern und Betrieb bzw. Zwischenhandel unterschieden, erzwangen geradezu einen verschwenderischen Umgang mit Gütern und Ressourcen. So war es für Tierhalter beispielsweise billiger, Schweine mit Brot statt mit Getreide zu füttern. Die Subventionierung von Lebensmitteln führte sogar zu der Absurdität, daß ein Züchter für ein Kaninchen 60 Mark erhielt, das er in der staatlichen Handelsorganisation geschlachtet und ausgenommen für 15 Mark kaufen konnte. Da die niedrigen Wohnungsmieten nur etwa ein Drittel der Kosten deckten, wurden in Privateigentum befindliche Häuser faktisch dem Verfall preisgegeben. Nicht nur bei diesen Beispielen ist der ökonomische und ökologische Widersinn des Preissystems mit Händen zu greifen. Die allein in den letzten achtzehn Jahren der DDR um das Vierfache gestiegenen staatlichen Subventionen führten nicht nur zu wirtschaftlich unsinnigen Verwerfungen, indem sie unrentable Produktionen und überholte Kaufkraftstrukturen am Leben erhielten, sondern trugen wesentlich zur sozialen Nivellierung des Alltagslebens bei. Vor allem aber belasteten sie ebenso wie die hohen Ausgaben für die sogenannten Sicherheitsorgane den Staatshaushalt und beschleunigten den finanziellen Niedergang der DDR-Wirtschaft. Der Versuch der SED-Führung, mit überhöhten Preisen für Genußmittel und industrielle Konsumgüter einen Teil der gewährten Subventionen auszugleichen, scheiterte, obschon es eine rege Nachfrage vor allem nach technischen Konsumgütern gab. Die Gesamtsubventionen reduzierten sich netto zwar auf knapp 35 Milliarden Mark pro Jahr, die negativen Auswirkungen konnten damit jedoch nicht beseitigt werden. Das nach politischen Vorgaben erstellte Preissystem erwies sich durchgängig als ökonomisch widersinnig. Da die auf dieser Basis errechneten Preise bestenfalls nur zufällig die realen Knappheitsrelationen widerspiegeln, konnten sie nicht, wie in Marktwirtschaften üblich, als Koordinierungsinstanz wirken. Das generelle Problem von Zentralverwaltungswirtschaften liegt in der unzureichenden Vermittlung von Eigen- und Fremdinteresse, die in marktwirtschaftlich geprägten Gesellschaftssystemen – zumindest theoretisch – über frei ausgehandelte Verträge hergestellt wird.

Die systembedingten Versorgungsmängel gründeten wesentlich auf der Enteignung von kleineren und mittleren Betrieben im Bereich des Einzelhandels und der Konsumgüterindustrie. Vor allem die letzte große Enteignungswelle 1972 trug zur Verschlechterung in diesem Sektor bei. Zum Ende der DDR lag der Anteil der Privatwirtschaft am Nettoproduct bei nicht einmal drei Prozent. Lediglich das Handwerk widersetzte sich bis zu einem gewissen Grad der Abschaffung des Privateigentums. Viele selbstständige Handwerker wollten nicht in Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH) eintreten. In der Endphase der DDR erwirtschafteten sie immer noch 60 Prozent des Gesamtumsatzes im Handwerk. Zweifelsohne gehörten einige der privaten Handwerker zu den Privilegierten im SED-Staat, konnten sie doch überhöhte Preise, Bezahlung in D-Mark oder Tauschgeschäfte fordern, wenn sie schnell und mit Material ausgestattet ihre Arbeit leisteten. Zwar wurden die privaten Betriebe mit Sätzen bis zu 90 Prozent übermäßig hoch besteuert, aber da viele Gelder jenseits der offiziellen Wirtschaft flossen, gehörten

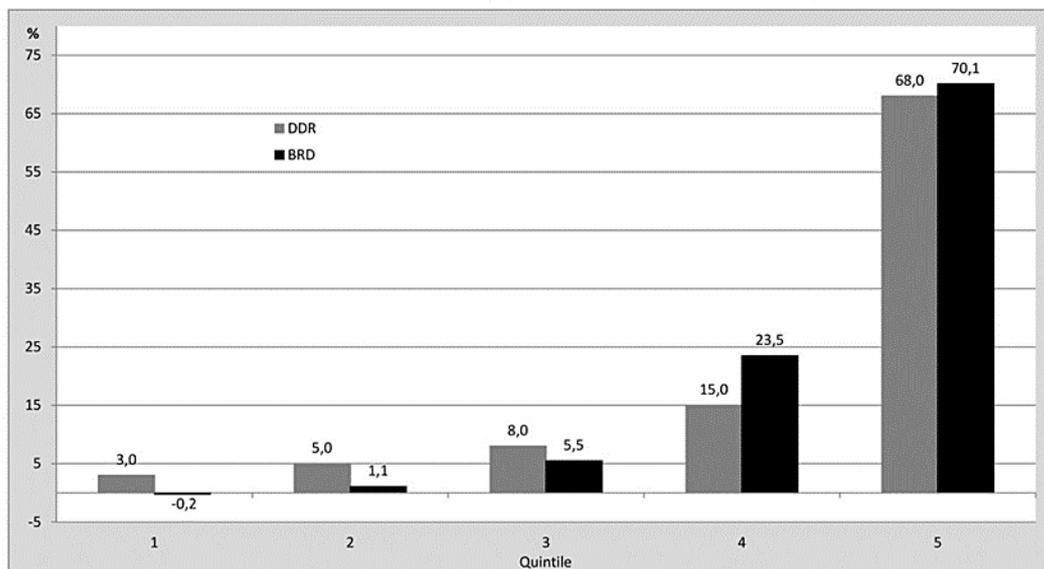
22 Vgl. Frerich, Johannes/Frey, Martin: Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Band 2: Sozialpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik. München u. a. 1993, S. 88. Die Betriebe mussten zudem soziale Leistungen für die Werk tätigen erbringen, die die Ergebnisse der Produktion schmälerten. Vgl. Schroeder, Klaus: Der SED-Staat, S. 677 ff.

manche Betriebsinhaber zu den Reichen im Sozialismus.²³ Durch die verschiedenen Enteignungs- und Verstaatlichungswellen von 1945 bis 1972 wurde der unternehmerische Mittelstand weitgehend abgeschafft. 1939, als die industriellen Leistungen Mitteldeutschlands noch die Westdeutschlands übertrafen, hatte der Mittelstand hierzu mit über 70 Prozent beigetragen. Die schrittweise Enteignung von Privateigentum an Produktionsmitteln führte nicht nur zu wirtschaftlicher Stagnation und Mittelmäßigkeit, sondern auch zur Rückständigkeit gegenüber den innerdeutschen Konkurrenten.²⁴ In der Endphase der DDR gab es etwa 95 000 private Unternehmen, die etwa 300 000 bis 400 000 Menschen beschäftigten, was einem Anteil von etwa 0,4 Prozent entsprach.

Die Legende von der sozial gerechten DDR-Gesellschaft

Einkommen und Geldvermögen waren in der DDR keineswegs – wie gemeinhin in Politik und Öffentlichkeit bis zum heutigen Tag behauptet wird – etwa gleich verteilt. Im Gegenteil: Es gab vor allem in der Vermögensverteilung beträchtliche Unterschiede, die die Bevölkerung jedoch nicht kannte, da die entsprechenden Daten geheim blieben. Erst in der Vorbereitung auf den Umtausch der Spareinlagen von Mark in D-Mark zeigte sich öffentlich, was zuvor nur das Führungspersonal der SED wußte: Die Geldvermögen waren in etwa ebenso ungleich wie in der Bundesrepublik verteilt. Auf zehn Prozent der Sparkontoinhaber entfielen knapp 60 Prozent der Guthaben. Das einkommensstärkste Fünftel verfügte über den Löwenanteil der Geldvermögen, knapp 70 Prozent.²⁵ Das gesamte Geldvermögen der Bevölkerung lag 1989 bei gut 194 Milliarden Mark und damit bezogen auf die Bevölkerungszahl deutlich unter dem Niveau in der alten Bundesrepublik.

Schaubild 4: Vermögensverteilung nach Quintilen in DDR und BRD*



Die Grundlage der Daten der DDR ist das Sparvermögen 1984. Die Daten der BRD sind auf das Nettogesamtvermögen 1983 bezogen. Angaben in Prozent.
Quelle: Schloßmann, Heinrich (1992): Vermögensverteilung und private Altersvorsorge; Frankfurt/Main, S. 136ff. (für die BRD); Müller, Susanne (2000): Von der Mangel- zur Marktwirtschaft; Leipzig, Anlage 9 (für die DDR).

23 Vgl. Schroeder, Klaus: Der SED-Staat, S. 649 ff. und 701 ff.

24 Vgl. Paraskewopoulos, Spiridon: Die systematische Demontage des Mittelstandes in der DDR und die sich daraus ergebende Gegenwartsprobleme. In: Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“, Band III: Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik. Frankfurt/Main 1999, S. 20.

25 Vgl. Müller: Von der Mangelwirtschaft, Anlage 9.

Wie aus Schaubild 4 zu entnehmen ist, gab es – bezogen auf die Vermögen – in der DDR und der Bundesrepublik ähnliche Ungleichheiten. Allerdings lag das durchschnittliche Niveau der Vermögen in der Bundesrepublik um ein Vielfaches höher als in der DDR. 1988 betrug das Geldvermögen je Einwohner in der DDR etwa 11 000 DDR-Mark, in der Bundesrepublik knapp 41 000 D-Mark.²⁶ Selbst auf der Ebene der Einkommen entwickelte sich im Laufe der Jahrzehnte im SED-Staat eine beträchtliche Ungleichheit. So verfügte das einkommensschwächste Zehntel über 4,1 Prozent und das oberste über 17,6 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens. Am unteren Ende der Einkommens- und Vermögenspyramide befanden sich viele der 1989 insgesamt 2,8 Millionen Rentner. Die durchschnittliche Altersrente erreichte nur etwas über 30 Prozent des durchschnittlichen Bruttoeinkommens, die entsprechenden Haushaltseinkommen etwa 37 Prozent. Nach der in der Bundesrepublik üblichen Berechnungsmethode von Armut – als arm galten Haushalte, die über weniger als 50 Prozent des durchschnittlichen Haushaltseinkommens verfügten – wären damit viele, wahrscheinlich sogar die Mehrheit der Rentnerhaushalte, unter die Armutsgrenze gefallen. Ende der achtziger Jahre ergab sich insofern insgesamt eine Armutsrate von rund 20 Prozent. Das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen lag bei 2 115 Mark; gut 26 Prozent der Haushalte verfügten über weniger als 1 200 Mark. Die starke Spreizung der Haushaltseinkommen verdeutlicht auch der Vergleich des oberen mit dem unteren Fünftel: 6,1 Prozent gegenüber 35,4 Prozent Einkommensanteil.²⁷ Trotz ihres prinzipiell nivellierenden Charakters durch allgemeine Subventionierungen, Mindestleistungen etc. kannte die Sozialpolitik der DDR sozial differenzierende Leistungen. So waren zum Beispiel bestimmte soziale Gruppen durch ein unüberschaubares System von Zusatz- und Sonderversorgungssystemen bei den Renten und den Sozialbeiträgen privilegiert. Staatsbedienstete und vor allem die Beschäftigten der „bewaffneten Organe“ und der „Sicherheitsapparate“ erhielten in vielen Fällen eine mehr als doppelt so hohe Rente wie der Durchschnittsrentner.²⁸

Der Vergleich mit der Bundesrepublik zeigt, wie sich die Einkommen im Laufe der Jahrzehnte auseinander entwickelten. Nach Berechnungen des DIW verfügten die Haushalte 1950 im Westen über 290 D-Mark und im Osten über 390 Mark. Zehn Jahre später überholten die durchschnittlichen Haushaltseinkommen im Westen die im Osten, um schließlich Ende der achtziger Jahre mehr als das Doppelte zu betragen.²⁹

Tabelle 2: Durchschnittliches verfügbares Haushaltseinkommen in der DDR und der Bundesrepublik		
	West: D-Mark	Ost: DDR-Mark
1950	290	390
1960	879	745
1967	1 245	878
1978	2 787	1 430
1989	4 173	2 091

Quelle: Schwarzer, Oskar: Der Lebensstandard in der SBZ/DDR 1945–1989. In: Jahrbuch für Wirtschafts-geschichte 1995/2. Berlin 1995, S. 132 f.; Datenbasis: DIW

26 Vgl. Kusch, Günter u. a.: Schlußbilanz – DDR. Fazit einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik. Berlin 1991, S. 130 sowie Schroeder: Der SED-Staat, S. 701 ff.

27 Vgl. Bedau, Klaus-Dietrich u. a.: Untersuchungen zur Einkommensverteilung und –umverteilung in der DDR 1988 nach Haushaltsgruppen und Einkommensgrößenklassen auf der methodischen Grundlage der Verteilungsabrechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Berlin 1993, S. 180.

28 Vgl. Schroeder: Der SED-Staat, S. 684 ff.

29 Bei der vergleichenden Betrachtung ist zu berücksichtigen, daß die Zahl der Erwerbstätigen pro Haushalt in der DDR höher als in der Bundesrepublik ausfiel.

Die Verteilung der Haushaltseinkommen unter Berücksichtigung der Subventionierung der Grundnahrungsmittel, Mieten etc. und der Privilegien für die Führungsschichten in der DDR zeigt im Vergleich zur Bundesrepublik ein zwar ähnliches, aber in einem Punkt unterschiedliches Bild. In der DDR verfügte das unterste Quintil vergleichsweise über einen etwas höheren Ressourcenanteil, in der Bundesrepublik das oberste Quintil. Die drei mittleren Quintile besaßen in etwa ähnliche Anteile. Der Gini-Koeffizient, der Ungleichheit mißt bzw. ausdrückt, war bei Arbeiterhaushalten 1988 in der DDR und der Bundesrepublik in etwa gleich hoch, bei Angestellten- und Selbständigenhaushalten war allerdings die Ungleichheit in der Bundesrepublik höher. Bezogen auf alle Privathaushalte gab es einen nur kleinen Unterschied (0,30 gegenüber 0,33). Trotz des geringen Unterschiedes im Gini-Koeffizienten, der nur Durchschnittswerte berücksichtigt, zeigt sich bei der Betrachtung der Einkommensverteilung in der Bundesrepublik im Vergleich zur DDR eine größere Spannweite zwischen oberen und unteren Einkommen.³⁰

Im Zustand der Infrastruktur lagen ebenfalls Welten zwischen beiden Staaten. Sie war in der DDR 1989 ebenso wie der industrielle Maschinenpark hoffnungslos veraltet und weitgehend verschlissen. So war zum Beispiel das Streckennetz der Deutschen Reichsbahn lediglich zu etwa 30 Prozent zwei- oder mehrgleisig ausgebaut und nur zu 28 Prozent elektrifiziert. Viele Straßen hatten unübersehbare Mängel in der Fahrbahndecke. In den Innenstädten sah man kaum sanierte Altbauten, so daß sich dem westlichen Betrachter Bilder mancher Straßenzüge boten, die in der Bundesrepublik schon Ende der fünfziger Jahre zumeist nicht mehr zu sehen waren. Die systembedingte niedrige Produktivität der Wirtschaft hatte aber nicht nur Auswirkungen auf Infrastruktur und gesellschaftliche Wohlfahrtsentwicklung, sondern schlug generell auf die Lebensbedingungen durch.

Die Legende vom umfassenden Sozialstaat DDR

Zwar gab es in der DDR flächendeckend ein soziales Netz, das die Menschen von der Wiege bis zur Bahre begleitete, ihnen eine gewisse soziale Absicherung auf im Vergleich zur Bundesrepublik geringem Niveau garantierte, aber auch Pflichten (zum Beispiel den Zwang zu arbeiten) auferlegte. Der Sozialstaat DDR war vor allem erwerbsarbeitszentriert, das heißt das Wohl der Arbeitskräfte und die Nachwuchsförderung standen im Vordergrund.³¹ Vergleichsweise großzügig fiel die Familienförderung aus; zur Anhebung der „Reproduktionsrate“ gewährte die Partei spezielle Vergünstigungen wie Kindergeld, Krediterlasse nach der Geburt von Kindern, Babyjahr etc. Für nahezu alle Kinder vom Säugling bis zum Schulkind stellte sie Versorgungseinrichtungen zur Verfügung, die auch entsprechend genutzt wurden. Der Anteil der in Krippen betreuten Kleinkinder lag Mitte der achtziger Jahre bei ca. 80 Prozent, die Kindergärten besuchten sogar 95 Prozent der entsprechenden Altersgruppen.

Die möglichst umfassende Unterbringung und Betreuung von Säuglingen und Kindern sollte einerseits den Eltern, vor allem den Müttern, eine weitere, für den Wirtschaftsprozess dringend notwendige Erwerbstätigkeit erlauben und andererseits eine frühzeitige sozialistische Erziehung im Kollektiv ermöglichen. Die kontrollierende Beobachtung der Menschen begann frühzeitig. Bereits für zwölf Wochen alte Babys gab es in den staatlichen Einrichtungen Beurteilungen nach Leistungskriterien sowie Fragebögen, in denen Herkunft und Parteizugehörigkeit der Eltern eingetragen werden mußten.³²

30 Vgl. Mittelbach: Entwicklung und Umbrüche, S. 43.

31 Vgl. Schroeder: Der SED-Staat, S. 673 ff.

32 Zu den Vorgaben und zur Realität in Krippen und Kindergärten, auch der Wochenkrippen und -kindergärten vgl. Fischer, Andreas: Das Bildungssystem der DDR. Entwicklung, Umbruch und Neugestaltung seit 1989. Darmstadt 1992, und Israel, Agathe/Kerz-Rühling, Ingrid (Hrsg.): Krippen-

Ein Sozialstaat zeigt seine Stärke gerade darin, wie er mit Menschen umgeht, die nicht mehr in den Produktions- und Arbeitsprozeß eingebunden werden können. Insbesondere auf diesem Feld demonstrierte der vermeintliche Sozialstaat DDR seine ganze Schwäche. Der Umgang mit pflegebedürftigen älteren und behinderten Menschen war geprägt von einem Kranke und Bedürftige verachtenden Menschenbild seitens der herrschenden Partei und geringen Ressourcen, die sie für sie investierte. Die an den Rand gedrängten Bevölkerungsgruppen führten ein zum Teil menschenunwürdiges Leben. Die Sozialpolitik konzentrierte sich auf Personen, die arbeitsfähig waren oder schnell wieder arbeitsfähig werden sollten. Die Unterbringung und Betreuung von psychisch oder physisch schwergeschädigten Kindern und Jugendlichen erfolgte auf einem nur dürftigen Niveau; viele vegetierten gleichsam nur vor sich hin.³³

Das unmittelbar nach Kriegsende schrittweise verstaatlichte und zentralisierte Gesundheitswesen umfaßte öffentliche Polikliniken, Krankenhäuser, Ambulatorien und staatliche Gemeinschaftspraxen. Aus diesem nach sowjetischem Vorbild errichteten „sozialistischen Gesundheitswesen“ wurden freiberuflich tätige Ärzte zunehmend verdrängt, so daß zum Ende des SED-Staates der größte Teil des medizinischen Personals im Staatsdienst stand. Bis 1961 gab es einen wahren Exodus von Krankenschwestern und Ärzten in die Bundesrepublik, wo Arbeitsbedingungen und Entlohnung deutlich besser waren. Auch nach dem Bau der Mauer zog es viele Beschäftigte des Gesundheitswesens – auf welchen Wegen auch immer – in die Bundesrepublik.

Vor allem vielen chronisch Kranken wurde das Gesundheitswesen nicht im gewünschten Maße gerecht. So gab es zum Beispiel in den achtziger Jahren nur 200 Behandlungsplätze zur Nierendialyse pro einer Million Einwohner (Bundesrepublik: 510).³⁴ Da nur für etwa 40 Prozent der schwer Nierenkranken ein lebenswichtiger Dialyseplatz zur Verfügung stand, gab es lange Wartezeiten, was für viele Erkrankte ein vorzeitiges Ableben bedeutete. Nach dem Fall der Mauer wurden viele Patienten auf unbürokratische Weise in westdeutschen Krankenhäusern behandelt. Nicht wenigen rettete dies das Leben bzw. erlaubte ihnen ein menschenwürdiges Weiterleben.

Die zahnärztliche Behandlung in der DDR, von der fachlichen Qualifikation der Zahnärzte her vergleichbar mit der in der Bundesrepublik, litt ebenfalls zumindest in den siebziger und achtziger Jahren, gemessen am westlichen Stand der Technik, unter einer schlechten technischen Ausstattung und Materialmangel. Vor allem im Bereich der Zahnprothetik kam es immer wieder zu Engpässen: Patienten mußten Gold mitbringen, wenn sie eine Goldkrone eingesetzt bekommen wollten. Vielerorts mangelte es an Betäubungsmitteln und Einwegspritzen, so daß DDR-Bürger die Behandlung nicht gerade als Wohltat erlebten.

Den Stärken des DDR-Gesundheitswesens – einem ausgedehnten Angebot an Prävention (unter anderem regelmäßige Vorsorge- und Reihenuntersuchungen und Gesundheitsberichterstattung, Impfpflicht) und ärztlicher Betreuung – standen erhebliche Män-

Kinder in der DDR. Frühe Kindheitserfahrungen und ihre Folgen für die Persönlichkeitsentwicklung und Gesundheit. Frankfurt/Main 2008, S. 12 ff. sowie Schroeder, Klaus: Den Menschen auf neue Weise schaffen. In: FAZ vom 13.8.2015, S. 6.

33 Vgl. Kohnert, Monika: Pflege und Umgang mit Behinderten in der DDR. In: Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“, Band III, 2 (Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik). Frankfurt/Main 1999, S. 1727.

34 Vgl. Wendt, Alexander: Ein Paralleluniversum namens DDR. Jeder zweite Deutsche wünscht sich das DDR-Gesundheitssystem zurück, sagt eine Umfrage. Dabei war dieses 1989 so marode wie der ganze Staat. In: Focus online vom 31.3.2009, Zugriff: 30.1.2015.

gel gegenüber: Es wurde ökonomisch ineffizient betrieben und brachte auf die Bevölkerung bezogen ein nur unzureichendes gesundheitliches Versorgungsniveau hervor.³⁵ Auch bei Medikamenten gab es ein ungenügendes Angebot und Versorgungsschwierigkeiten, da bei der Beschaffung zum Teil lange bürokratische Wege einzuhalten waren.

Wegen der praktizierten Zwei-Klassen-Medizin standen den privilegierten Schichten, vor allem SED-Funktionären, exklusive Einrichtungen wie das Regierungskrankenhaus oder Sonderbereiche in Bezirkskrankenhäusern zur Verfügung. Daneben verfügten NVA, MfS, das Ministerium des Innern sowie der Sport über eigene medizinische Dienste.³⁶

Vor allem das Recht auf Arbeit begründete den Ruf der DDR als vermeintlich vorbildlicher sozialer Staat. Dabei wird freilich unterschlagen, daß dieses Recht nur durch staatlich festgelegte Löhne und auf Kosten der Berufsfreiheit verwirklicht werden konnte. Zudem bestand eine Pflicht zur Arbeit bis hin zur Konsequenz, daß wer sich dieser Pflicht verweigerte, nach § 249 des DDR-StGB zu langjährigem Aufenthalt im Arbeits-erziehungslager oder zu einer Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren verurteilt werden konnte.³⁷ Die höhere Erwerbstätigenrate verdeckte die Gründe für die mit allen Mitteln durchgesetzte Pflicht zur Arbeit. In vielen, wenn nicht in den meisten Betrieben waren die Produktionsanlagen hoffnungslos veraltet, so daß zur Kompensation technischer Mängel ein erhöhter Arbeitseinsatz zum Erreichen der Produktionsziele notwendig war.

Offiziell gab es keine Arbeitslosigkeit. Ob allerdings alle Werktätigen tatsächlich auch arbeiteten bzw. ihre Arbeitskraft benötigt wurde, kann bezweifelt werden. Das Recht auf Arbeit führte in letzter Konsequenz zu einer Verschwendung von Arbeitskraft, weil ein Teil der Arbeitskräfte nicht rational genutzt werden konnte. Die ökonomischen Spielregeln des Wirtschaftssystems einer sozialistischen Planwirtschaft zwangen die staatlichen Betriebe geradezu zu einer Arbeitskräftehortung. Die zentrale Planung und Bilanzierung des Arbeitskräfteeinsatzes war Teil des volkswirtschaftlichen Planungsprozesses. Da die Betriebe nicht ohne Sondererlaubnis bei Bedarf mehr Personen einstellen durften, verblieben viele nicht immer benötigte Arbeitskräfte im Betrieb. Betrachtet man die aufgrund des schlechten technischen Zustandes der Betriebe notwendigen Arbeitskräfte, die Fehlzeiten durch fehlendes Material sowie durch Planungs- und Organisationsmängel, die überflüssigen Arbeitskräfte in den Parteien, Massenorganisationen und Sicherheitsapparaten, errechnet sich eine „verdeckte Arbeitslosigkeit“ von etwa 15 Prozent. Eine Befragung von Betriebsleitungen nach dem Fall der Mauer bestätigte diese Annahme.³⁸

Ausstattungsgrad der DDR-Haushalte

Trotz der vergleichsweise hohen Kosten besaßen in den achtziger Jahren viele Haushalte ein Farbfernsehgerät, einen Kühlschrank und eine einfache, allerdings im Vergleich zum Westen technisch rückständige Waschmaschine, das heißt es handelte sich in den allermeisten Fällen nicht um einen Waschvollautomaten, sondern einen Halbautomaten (ohne Schleuder). Generell hatten die in der DDR produzierten Konsumgüter ein be-

35 Vgl. Knieps, Franz: Das Gesundheitswesen und die Krankenversicherung im beigetretenen Teil Deutschlands. In: Arbeit und Sozialpolitik Nr. 11–12/1990, S. 393.

36 Vgl. Geisler, Hans: Gesundheitswesen. In: Epplmann, Rainer u. a. (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus. Paderborn u. a. 1996, S. 255.

37 Vgl. Korzilius, Sven: „Asoziale“ und „Parasiten“ im Strafrecht der DDR. Randgruppen im Sozialismus zwischen Repression und Ausgrenzung. Köln u. a. 2005.

38 Vgl. Gürtler, Joachim/Ruppert, Wolfgang/Vogler-Ludwig, Kurt: Verdeckte Arbeitslosigkeit in der DDR. München 1990, S. 43.

scheidenes Niveau, da die Entwicklungskosten für technische Innovationen zu hoch waren und deshalb ausblieben. Angesichts der Schwierigkeit, überhaupt bestimmte technische Konsumgüter erwerben zu können, und ihrer hohen Preise kamen die meisten Produkte auf ein hohes Lebensalter. Im Jahre 1988 betrug das Durchschnittsalter von Kühlschränken und Personenkraftwagen etwa elf Jahre, das von Waschmaschinen neun Jahre.

Die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum war eines der Hauptanliegen der SED-Politik. Durch staatliche Festsetzungen sollten die Mieten billig gehalten, durch den Bau von Trabantsiedlungen moderne Wohnungen zur Verfügung gestellt werden. Da die Errichtung von Plattenbauten billiger war als die Sanierung von Altbauten in den Innenstädten, war ein katastrophaler Zustand der Wohn- und Bausubstanz in den meisten Innenstädten die Folge. Aufgrund der billigen Mieten lohnte sich die Sanierung von Häusern in Privatbesitz ebenfalls nicht. Obschon es im Laufe der Jahrzehnte zu einer Verbesserung in der Wohnungsversorgung kam, konnte die SED ihr Ziel – die „Lösung der Wohnungsfrage bis 1990“ – nicht erreichen. Das vollendete erst der „Klassenfeind“ nach der Wiedervereinigung.

In der Ära Honecker verbesserte sich aber die Wohnungsqualität beträchtlich. So hatten zum Ende der DDR immerhin 76 Prozent der Wohnungen eine Innentoilette, 1971 waren es nur 36 Prozent. Die Qualität fiel allerdings regional sehr unterschiedlich aus. Während in Ost-Berlin und den Nordbezirken relativ viele Wohnungen Bad oder Dusche und WC hatten, lagen die Südbezirke unter dem Schnitt. Das Heizsystem der Wohnungen war ebenso wie die sanitäre Ausstattung jenseits der Wohnungen in den Plattenbauten zum größten Teil veraltet. Etwa jeder Zweite heizte und kochte noch 1989 mit Einzelöfen auf Kohlebasis.³⁹ Die Möglichkeit einer individuellen Wohnungseinrichtung blieb bis zum Ende der DDR wegen Engpässen bei der Produktion von Möbeln, Polsterwaren und Wohnraumleuchten und des eingeschränkten Sortiments äußerst begrenzt. Die Modellpalette für Wohnzimmermöbel wurde in den letzten zwanzig Jahren kaum erweitert. Das Angebot entsprach hinsichtlich Design, Funktionalität, Materialeinsatz und Verarbeitungsqualität nicht dem internationalen Niveau.⁴⁰ Angesichts der knappen Ressourcen und der geringen Auswahlmöglichkeiten ähnelten sich die meisten Wohnungen, was Ausstellungsstücken in Alltagsmuseen einen hohen Wiedererkennungswert garantiert.

Einen gewissen Ausgleich für die schlechte Wohnungsqualität boten Aufenthalt und Beschäftigung im Garten, über den gut die Hälfte aller Haushalte verfügte. Neben dem Hausgarten war insbesondere der Anteil der Klein- und Schrebergärten mit kleinen Gartenhäusern, die in Anlehnung an den Sprachgebrauch in der Sowjetunion Datschen hießen, sehr hoch. Der Garten erlaubte nicht nur einen gewissen Grad an Selbstversorgung mit Obst und Gemüse, sondern auch einen partiellen Rückzug ins Private.

Der Wunsch, einen Pkw zu erwerben, stand bei vielen Haushalten an erster Stelle. Die Möglichkeit hierzu war aufgrund der langen Wartezeiten jedoch stark begrenzt. Ende der achtziger Jahre besaß etwa jeder zweite DDR-Haushalt einen Pkw. Die Zahl der erfaßten Neubestellungen stieg von etwa einer viertel Million im Jahre 1970 auf eine knappe halbe Million im Jahre 1988. Zu diesem Zeitpunkt waren gut 6,2 Millionen Bestellungen noch offen, was 1,7 Bestellungen pro Haushalt entsprach. Die Mehrzahl (44 Prozent) wünschte einen Trabant, knapp jeder Dritte einen Wartburg. Ein Trabant kostete 1989 12 650 Mark, ein Wartburg 31 230 Mark, wobei die Preise gegenüber Anfang

39 Vgl. Schroeder: Der SED-Staat, S. 673 ff. sowie Schroeder, Klaus: Die veränderte Republik. Deutschland nach der Wiedervereinigung. München 2006, S. 45 ff.

40 Vgl. Müller: Von der Mangelwirtschaft, S. 92.

der achtziger Jahre gewaltig (um 31 Prozent bzw. 46 Prozent) anstiegen. Mittels dieser stark erhöhten Preise wollte die Regierung den vorhandenen Geldüberhang abbauen.

Mitte der achtziger Jahre betrug die durchschnittliche Nutzungsdauer eines Pkw mehr als zwanzig Jahre. Die Autos waren zudem „wertbeständig“, da sich Personen, die nicht zwischen zehn und fünfzehn Jahren warten wollten, einen Gebrauchtwagen kauften, der allerdings teurer als ein neues Auto war. Entsprechend hoch war der Anteil von über zwanzig Jahre alten Autos, was einen kaum zu bewältigenden Reparaturbedarf bedeutete. Die Produktion von Ersatzteilen wuchs mitunter schneller als die Produktion neuer Pkw.⁴¹

Umweltzerstörung und Umweltpolitik

Die ökologische Schlußbilanz der DDR fiel katastrophal aus: Die Luftbelastung mit Schwefeldioxid und Staub war die höchste aller europäischen Staaten, viele Gewässer waren stark verschmutzt oder gekippt und die Entsorgung des privaten und industriellen Abfalls erfolgte jahrelang weitgehend unkontrolliert zu Lasten der Natur. So wurden zum Beispiel mehr als 40 Prozent des anfallenden Mülls auf ungeordneten Müllkippen und wilden Ablagerungen beseitigt. Diese ökologische Katastrophe geschah trotz der Verankerung des Umweltschutzes in der DDR-Verfassung von 1968 und einer zumindest nominell fortschrittlichen Umweltgesetzgebung. Doch auch auf diesem Feld waren Verfassung und Gesetze nicht das Papier wert, auf dem sie geschrieben wurden. Die SED-Führung ordnete zur Steigerung der Produktivität und zur Erhöhung des Wirtschaftswachstums die Ausbeutung und Zerstörung der Natur an oder ließ Privatpersonen und Betriebe ungestraft agieren, wenn es der produktivitätsschwachen Wirtschaft nutzte. Der nahezu bedingungslose Vorrang der Ökonomie vor der Ökologie prägte das Verhalten der offiziellen Akteure bis zum Ende der DDR. Erst Anfang des Jahres 1990 listete ein von der Generalstaatsanwaltschaft in Auftrag gegebenes Umweltgutachten die Umweltsünden auf und bestätigte die schlimmsten Befürchtungen.⁴²

Um die fortschreitende Zerstörung der Umwelt zu kaschieren, wurde die Veröffentlichung von Umweltdaten auf Weisung der SED-Führung ab 1970 eingeschränkt.⁴³ Seit Anfang der achtziger Jahre galten die jährlichen Umweltschutzberichte sogar als „Geheime Verschlusssache“ (GVS), so daß nur noch wenige Personen den jährlichen Umweltbericht erhielten. Als Begründung gab die Parteiführung an, die Umweltdaten würden vom „Klassenfeind“ benutzt, um die DDR zu diskreditieren. Dennoch blieb insbesondere der hohe Grad der Luftverschmutzung weder den DDR-Bürgern noch den Bewohnern der Bundesrepublik in den grenznahen Regionen verborgen. Für die hohen Schwefeldioxid-Emissionen und die starke Schwebstaubbelastung war vor allem die Verwendung stark schwefelhaltiger Rohbraunkohle verantwortlich. Da man aus Kostengründen auf den Einbau entsprechender Filtereinrichtungen verzichtete und selbst in den achtziger Jahren die Energieversorgung noch stärker auf die Verarbeitung von Braunkohle fixierte, lag die Luftverschmutzung durch Schwefeldioxid pro Kopf etwa zehnfach höher als in der Bundesrepublik.⁴⁴

41 Vgl. Müller: Von der Mangelwirtschaft, S. 172 ff.

42 Vgl. Przybylski, Peter: Tatort Politbüro. Band 2: Honecker, Mittag und Schalck-Golodkowski. Berlin 1992, S. 198.

43 Vgl. Schroeder: Der SED-Staat, S. 663.

44 Vgl. Wolle, Stefan: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989. Berlin 1998, S. 211 und Behrens, Hermann: Rückblicke auf den Umweltschutz in der DDR nach 1990. In: Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e.V. (Hrsg.): Umweltschutz in der DDR. Analysen und Zeitzeugenberichte – Band 1: Politische und umweltrechtliche Rahmenbedingungen. München 2007, S. 9.

Katastrophal fielen auch die Bilanz der Belastung von Gewässern und die Grundwasserbeschaffenheit aus. In die Elbe gelangten zum Beispiel pro Jahr 23 Tonnen Quecksilber, 380 Tonnen Kupfer, 120 Tonnen Blei, 2 000 Tonnen Zink und 3,5 Millionen Tonnen Chlorid. Nur etwa drei Prozent aller Flüsse und ein Prozent aller Seen in der DDR galten 1989 als ökologisch noch intakt.⁴⁵ Aufgrund hoher Nitratbelastungen aus der landwirtschaftlichen Produktion verschlechterte sich die Grundwasserbeschaffenheit. Bis zum Jahre 1990 waren nur 36 Prozent der Bevölkerung an eine biologische und knapp 60 Prozent überhaupt an eine Kläranlage angeschlossen. In der Bundesrepublik entsorgten zum gleichen Zeitpunkt über 86 Prozent der Bevölkerung ihr Abwasser mittels einer Kläranlage.⁴⁶

Angesichts der politisch „angeordneten“ Umweltzerstörung konnte sich kein ökologisches Bewußtsein herausbilden. Viele Menschen verhielten sich der Umwelt gegenüber, wie es ihnen der Staat vorexerzierte. Die Kontrolle der Entsorgung von privatem und industriellem Müll entglitt den zuständigen Stellen völlig. Viele Staatsbetriebe entledigten sich „gleich um die Ecke“ ihrer verschlissenen Produktionsanlagen und Produktionsabfälle, Privatpersonen eiferten ihnen nach und entsorgten ihren Müll in der Landschaft. Am Ende der DDR gab es etwa 10 000 „wilde Müllkippen“. Trotz vorhandener Umweltschutzgesetze wurde kaum jemand wegen Umweltschädigung belangt. Zwischen 1985 und 1989 gingen nur 149 Anzeigen wegen schwerer Umweltschädigung bei den zuständigen Stellen ein. Im gleichen Zeitraum wurden in der Bundesrepublik knapp 90 000 Verfahren wegen Umweltdelikten eingeleitet.

Kritische Stimmen zur Umweltbelastung unterdrückten die zuständigen Organe rücksichtslos. Die in den achtziger Jahren personell anwachsenden Umweltgruppen wurden zwar vom MfS überschätzt, dennoch gelang es ihnen, das Thema in Teile der Bevölkerung zu tragen, so daß sich erste Ansätze eines kritischen Umweltbewußtseins entwickeln konnten. Die Aktivisten einiger Ökologiegruppen „erfreuten“ sich besonderer Sympathie der Sicherheitsorgane – sie wurden überwacht, auf fragwürdiger gesetzlicher Grundlage rechtlich sanktioniert und mittels Zersetzungsplänen „bearbeitet“.

Ein besonders schwerwiegendes Problem war die Lagerung und Entsorgung von Sonder- und Giftmüll. Zusätzlich zum eigenen Müll nahm die DDR, um dringend benötigte Devisen zu bekommen, große Mengen Giftmüll aus West-Berlin, der Bundesrepublik und anderen westeuropäischen Ländern auf. Die Beseitigung von etwa zwölf bis dreizehn Millionen Kubikmeter Fäkalien aus den Sickergruben privater Haushalte, Gaststätten, Sportstätten, öffentlicher Einrichtungen etc. erfolgte ebenfalls nicht ohne Schwierigkeiten. Da angesichts des Gülleanfalls aus den Tierproduktionsfabriken nur wenige Verwertungsmöglichkeiten für die Fäkalien vorhanden waren, wurden etwa 30 Prozent hygienewidrig unkontrolliert beseitigt. Proteste der dem Gestank ausgesetzten Bevölkerung verhallten ungehört. Der geringe Stellenwert des Umweltschutzes in der DDR wird durch einen Vergleich entsprechender Investitionen deutlich. Während in den achtziger Jahren Japan 3,4 Prozent, die ČSSR 2,3 Prozent, die USA zwei Prozent und die Bundesrepublik 1,6 Prozent vom produzierten Nationaleinkommen in den Umweltschutz investierten, veranschlagte die DDR nur 0,5 Prozent. Erst im nachhinein dämmerte es ehemaligen DDR-Ökonomen, daß die jährlichen Umweltschäden in der Größenordnung von 28 bis 30 Milliarden Mark die Wirtschaft letztlich mehr schädigten als die durch die Zerstörung der Umwelt erreichten jährlichen Zuwächse.⁴⁷ Zu den genannten Umweltbelastungen summierten sich militärische Altlasten, vor allem durch die Rote Armee.

45 <http://www1.dasan.de/j//medien/jumatexte/03natur/umwelt.htm>; Zugriff: 13.2.2009.

46 Vgl. Behrens: Rückblicke auf den Umweltschutz, S. 9.

47 Vgl. Kusch u. a.: Schlußbilanz, S. 70 ff.

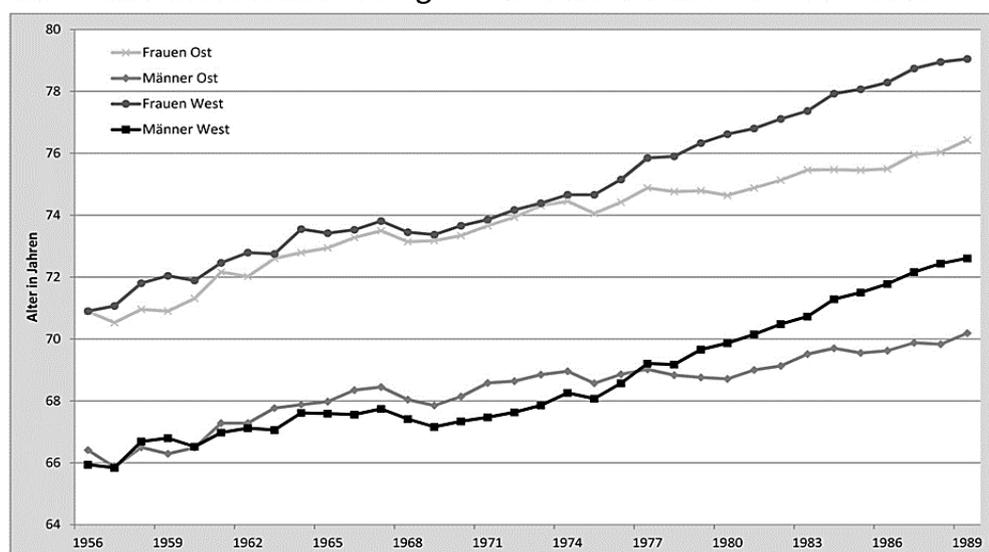
Nach dem Abzug der etwa 500 000 russischen Militärangehörigen wurde das ganze Ausmaß der Umweltverschmutzung sichtbar: Die Böden auf vielen Truppenübungsplätzen und Kasernen waren so stark verschmutzt, daß umfassender Sanierungsbedarf bestand.⁴⁸ Angesichts dieses Ausmaßes an Umweltzerstörung mutet es geradezu naiv, wenn nicht sogar zynisch an, daß Personen, die zur nostalgischen Verklärung der DDR auch im Bereich der Umweltpolitik neigen, auf die positive Funktion des Sero-Systems – der landesweiten Erfassung und Aufbereitung von Sekundärrohstoffen durch das Kombinat Sero – hinweisen. Dieses im Prinzip sinnvolle System führte die SED jedoch nicht aus Umweltschutzgründen, sondern aufgrund der Materialknappheit ein.

Gesellschaftlicher Wandel und private Lebensführung

Die nachhaltige Umweltschädigung blieb nicht ohne Auswirkungen auf das Leben der meisten Menschen. Viele Gesundheitsschäden dürften bis zu einem gewissen Grad auf die starke Umweltbelastung zurückzuführen sein. So lag zum Beispiel die Sterblichkeit von Männern an Bronchitis, Lungenemphysem und Asthma Bronchiale mehr als doppelt so hoch wie im europäischen Durchschnitt.⁴⁹

Die schlechten ökologischen Bedingungen führten zusammen mit einer Zunahme gesundheitsgefährdender Ernährungsweisen, einem mitunter exzessiven Alkoholgenuß und einer vergleichsweise schlechten medizinischen Versorgung Ende der achtziger Jahre zu einer deutlich niedrigeren Lebenserwartung als in der Bundesrepublik, nachdem diese bis Anfang der siebziger Jahre etwa westdeutsches Niveau gehabt hatte. Zum Zeitpunkt der Vereinigung lag die Lebenserwartung bei Männern um mehr als zwei und bei Frauen um etwa drei Jahre unter dem westdeutschen Vergleichsniveau. Allerdings gab es regionale Schwankungen; in Mecklenburg-Vorpommern fiel sie am niedrigsten und in Thüringen und Sachsen am höchsten aus.

Schaubild 5: Lebenserwartung in der DDR und der BRD 1956 - 1989



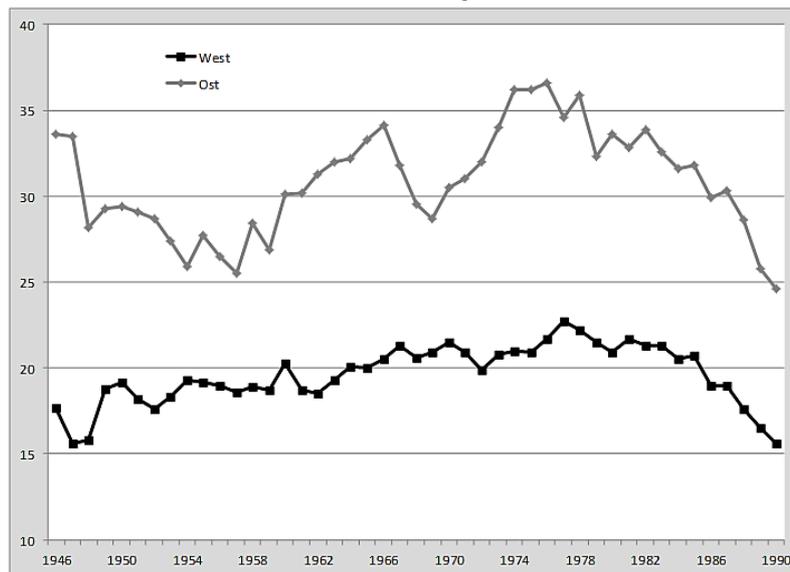
Quelle: Human Mortality Database, University of California, Berkeley und Max Planck Institute for Demographic Research; Statistisches Bundesamt: Natürliche Bevölkerungsbewegung, Sterbetafeln

48 Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Die ökologische Schadensbilanz der SED-Wirtschafts- und Umweltpolitik 1989/1990. In: Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“, Band III, 2 (Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik). Frankfurt/Main 1999, S. 2880 f.

49 Vgl. Pflugbeil, Sebastian: Die Umweltzerstörung und die ökologischen Folgen der Rohstoff- und Energiewirtschaft der DDR. In: Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“, Band III, 1 (Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik). Frankfurt/Main 1999, S. 562.

Unterschiedlich entwickelte sich auch die Selbsttötungsrate. Nach Gründung beider deutscher Staaten pendelte sie sich in der Bundesrepublik jährlich auf etwa 20 pro hunderttausend Einwohner ein. In der DDR war sie zunächst rückläufig und fiel von knapp 30 auf etwas über 25, stieg jedoch nach dem Bau der Mauer und den Zwangskollektivierungen auf über 30 an. Nach einem kurzen Rückgang Mitte der sechziger Jahre erreichte die Selbsttötungsrate in den siebziger Jahren einen neuen Höchststand. Obschon zumindest die ersten Jahre dieses Jahrzehnts viele DDR-Bewohner zumeist als sozial und wirtschaftlich erfolgreich einstufen, registrierten die zuständigen Stellen knapp 37 Suizide pro hunderttausend Einwohner. Eine – allerdings hochgradig spekulative – Erklärung hierfür könnte in der internationalen Anerkennung der DDR liegen, da nun die Bevölkerung von der dauerhaften Existenz des SED-Staates ausgehen mußte und ihr der Weg in den Westen auf immer versperrt schien. Ab Ende der siebziger Jahre gingen die Selbsttötungen zwar etwas zurück, lagen bis 1988 jedoch immer noch über dem Niveau der frühen fünfziger Jahre. Erst 1989 im Jahr des Aufbruchs und der Hoffnung für viele Menschen registrierten die Behörden die geringste Selbsttötungsrate in der Geschichte des SED-Staates.⁵⁰

Schaubild 6: Anzahl der Suizide je 100.000 Einwohner von 1946-1990



Quelle: Feiber W, Winięcki P. Suizid-Statistik - aktuelle ausgewählte statistisch-epidemiologische Daten zu Deutschland und Osteuropa mit Kommentaren. www.suizidprophylaxe.de/Suizidstatistik.pdf

Selbst in der privaten Lebensführung existierten systembedingte Unterschiede, obschon gerade hier zugleich viele Gemeinsamkeiten vorhanden waren. Die Kleinfamilie blieb in Ost und West trotz aller Veränderungen die bedeutendste Einheit der Gesellschaft. In beiden deutschen Teilstaaten genoß das Familienleben in der subjektiven Wertschätzung der Bevölkerung höchste Priorität. Allerdings prägte der gesellschaftliche Rahmen den Alltag einer typischen DDR-Familie vergleichsweise stärker. Die äußeren Bedingungen (Erwerbstätigkeit beider Elternteile, Wohnungsnot, Familienfördermaßnahmen etc.) erzwingen eine weitgehende Gleichförmigkeit der Lebensplanung, deren sichtbarer Ausdruck vergleichsweise frühe Eheschließungen und Erstgeburten waren. Die Zahl der Eheschließungen und vor allem der Scheidungen übertraf in der Spätphase der Teilung die bundesdeutschen Werte deutlich. Die Summe der altersspezifischen Erstheiratsziffern von Frauen unter 50 Jahren lag – skaliert von 0 bis 1 – Mitte der 1980er Jahre in der DDR bei 0,74 gegenüber 0,60 in der Bundesrepublik. Die entsprechenden Zahlen für die Scheidungsraten lauten: 0,39 zu 0,32.

50 Vgl. Grashoff, Udo: „In einem Anfall von Depression ...“. Selbsttötungen in der DDR. Berlin 2002.

Die Kinderzahl übertraf seit Mitte der siebziger Jahre ebenfalls das westdeutsche Niveau, wobei etwa jedes dritte Kind unehelich geboren wurde (West: etwas über 10 Prozent). Frauen heirateten durchschnittlich zwei Jahre, Männer knapp drei Jahre vor ihren westdeutschen Geschlechtsgenossinnen und -genossen. Noch gravierender war der Altersunterschied der Frauen bei der Geburt ihres ersten Kindes (Ost: 22,8 Jahre; West: 27,3 Jahre). In beiden Teilen Deutschlands reichte die Kinderzahl indes nicht aus, um den langfristigen Trend des Bevölkerungsrückgangs aufzuhalten. Die Fruchtbarkeitsrate war 1989 in der DDR jedoch etwas höher als in der Bundesrepublik (156 gegenüber 144 Kindern pro 100 Frauen).⁵¹

Die Zahl der Abtreibungen lag in den achtziger Jahren in der DDR deutlich über dem Niveau in der Bundesrepublik. So führten zum Beispiel 1985 in der DDR Ärzte 90 254 und in der Bundesrepublik 83 538 Abtreibungen durch. Angesichts der deutlich höheren Zahl an gebärfähigen Frauen in Westdeutschland lag die relative Abtreibungsquote im SED-Staat um ein Vielfaches höher als in Westdeutschland.⁵² Allerdings dürfte die Dunkelziffer, das heißt die Zahl der nicht gemeldeten Schwangerschaftsabbrüche, in der Bundesrepublik höher ausgefallen sein als in der DDR, was an der grundsätzlichen Relation jedoch nur wenig ändert.

In Westdeutschland lebten mehr Singles, in Ostdeutschland mehr Alleinerziehende im eigenen Haushalt; darüber hinaus war der Anteil der Zweit- und Drittehen in der DDR deutlich höher. In der Bundesrepublik dagegen existierten viele Lebensgemeinschaften von Geschiedenen oder Verwitweten, damit diese weiterhin ihren Unterhalt oder ihre Rente beziehen konnten. Die Pluralisierung familialer Lebensformen als Folge industriegesellschaftlicher Entwicklung und sozialstaatlicher Absicherung setzte sich in beiden deutschen Teilstaaten durch, allerdings in systembedingt unterschiedlicher Ausprägung.

Während in der Bundesrepublik der wirtschaftliche und soziokulturelle Entwicklungsprozeß mit einer schnellen Verstädterung einherging, konservierte sich die Stadt-Land-Verteilung der Bevölkerung in der DDR wegen der zentralistischen und deterministischen Regionalplanung in erstaunlichem Maße. Zwar ließ sich auch dort mit dem relativen Bedeutungsverlust der Landwirtschaft eine Zunahme der Bevölkerung in mittleren und größeren Städten feststellen, aber insgesamt überwogen Ende der achtziger Jahre die Unterschiede zwischen beiden deutschen Staaten. Nahezu ein Viertel der Bewohner lebte in Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern (West: 5,9 Prozent); ein nur geringfügig höherer Anteil (27,1 Prozent) hatte dagegen seinen Lebensmittelpunkt in Städten mit mehr als hunderttausend Einwohnern (West: 33,5 Prozent). Die Verteilung der Bevölkerung auf unterschiedliche Gemeindegrößen ähnelte der der Bundesrepublik Ende der sechziger Jahre.

Die bundesrepublikanische Gesellschaft war durch mehrere Individualisierungsschübe geprägt, was sich sowohl auf das innerfamiliäre Verhältnis als auch auf das individuelle Verhalten in Institutionen auswirkte.⁵³ Dagegen teilte der überwiegende Teil der DDR-Bewohner Erfahrungen und Prägungen in diversen kollektiven Kontexten und verbrachte vergleichsweise deutlich weniger Zeit in der Familie.⁵⁴ Durch mangelnde Reisesmöglichkeiten ins westliche Ausland und einen geringen Kontakt zu Ausländern fehlte am Vorabend der Vereinigung vielen Ostdeutschen eine gewisse Weltoffenheit,

51 Vgl. Schroeder: Der SED-Staat, S. 867 ff.

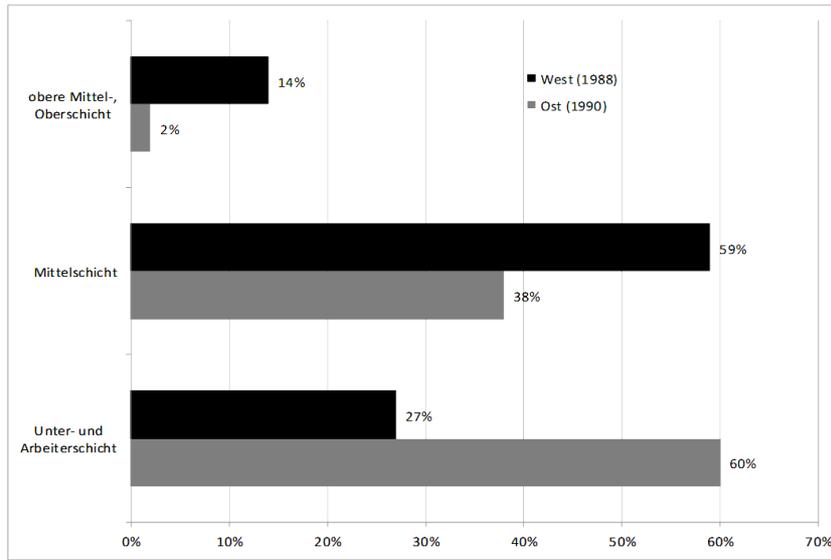
52 Vgl. www.pro-leben.de/abtr/abtreibung_daten.php; Zugriff: 25.4.2012.

53 Vgl. Schroeder: Gesellschaft und Politik, S. 180 ff.

54 Vgl. Schroeder: Der SED-Staat, S. 794 ff.

die sich Westdeutsche im Laufe der Jahrzehnte aneignen konnten. Angesichts der diametralen Folgen von Überfluß und Mangelwirtschaft entwickelte sich auch das Verhältnis der Menschen zueinander und miteinander auseinander. Soziales Verhalten zur Kompensation alltäglichen Mangels entfiel in der Bundesrepublik spätestens seit den siebziger Jahren. Hier entwickelten sich soziale Netzwerke und nachbarschaftliche Beziehungen über gemeinsame Interessen und Aktivitäten und kaum – wie in der DDR bis zu ihrem Ende – über informelle Tausch- und nachbarschaftliche Arbeitsbeziehungen und gemeinsame Betriebszugehörigkeit.

Schaubild 7: Subjektive Schichteinstufung in der BRD und der DDR 1988/1990



Quelle: Wohlfahrtssurvey und ZUMA, Abteilung soziale Indikatoren

Die Prägung durch die unterschiedlichen Gesellschaftssysteme und die große Wohlfahrdifferenz kam in der subjektiven Schichteinstufung deutlich zum Tragen. In der Bundesrepublik verortete sich Ende der achtziger Jahre eine breite Mehrheit in der sozialen Mitte, in der DDR stuften sich anteilig bei den ersten repräsentativen Meinungsumfragen nahezu ebenso viele in die Unter- und Arbeiterschicht ein. Die von der SED gewollte und betriebene Verproletarisierung der Gesellschaft hatte also Eingang in das Selbstverständnis der Bevölkerung gefunden.

Mentale Folgen der sozialistischen Diktatur

Der Versuch der SED, den „neuen Menschen“ und damit die „neue Gesellschaft“ zu schaffen, blieb nicht ohne Folgen auf die mentale Verfassung der Bevölkerung. Indem Individualität von Kindesbeinen an der Kollektivität untergeordnet wurde und in nahezu allen Bereichen autoritäre Strukturen herrschten, verengten sich zumindest für „Normalbürger“ die Spielräume für eigenständiges und eigenverantwortliches Handeln.

Die negativen Auswirkungen der sozialistischen Diktatur auf die Psyche vieler Menschen blieben aufmerksamen Zeitgenossen auch in der DDR nicht verborgen, öffentlich darüber sprechen durften sie jedoch nicht. Hans-Joachim Maaz, der bereits in der DDR als Psychiater arbeitete, brachte nach dem Zusammenbruch der DDR die Gefühlslage des sozialistischen Untertanen auf den Punkt: „Das System hat jeden Einzelnen so lange bearbeitet, bis der psychologische Mechanismus der Selbstversklavung und Selbstzerstörung gesichert war. Dieser Vorgang war deshalb so übel und bitter, weil der Einzelne seine Entfremdung schließlich nicht mehr wahrnahm, ein wirkliches Leiden nicht mehr kannte und sein gestörtes Verhalten rationalisierte: Im Dienste der ‚großen Idee‘, als

patriotische Pflicht, zum Schutz der Heimat, für den Sieg des Sozialismus und natürlich alles zum Wohle des Volkes.“⁵⁵

Neben dem „Normalbürger“, der sich im Grunde nicht weiter für Politik interessierte und die ihm aufgetragene Politisierung passiv erduldet, gab es Hunderttausende, die von der Idee des Sozialismus überzeugt waren. Sie waren einerseits verlässliche Stützen des Systems und andererseits der Herrschaftslogik des Systems gleichfalls unterworfen. Der Ost-Berliner Opern-Regisseur Harry Kupfer äußerte sich unmittelbar nach dem Fall der Mauer mit einem nun freien Blick auf gesellschaftliche Strukturen zu den langjährigen Folgen des DDR-Sozialismus: „Dieses System ist für mich das perfideste und perfektste Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem, was die Welt hatte. Weil man es ja sogar geschafft hat, dass viele Leute nicht nur aus Angst, sondern aus Überzeugung die Knute geküsst haben, die sie geschlagen hat. Dieses hinterhältige psychologische Unterdrückungssystem, das ist es eben, woran wir noch jahrelang zu knabbern haben werden.“⁵⁶

Die für das sozialistische System passende mentale Zurichtung der Menschen begann im frühen Kindesalter. Das Ziel staatlicher Erziehung war laut Maaz, den eigenen Willen frühzeitig zu brechen und die Herausbildung von Individualität zu hemmen. Dieses Prinzip zog sich durch alle Stufen der staatlichen Erziehung.⁵⁷ Der führende DDR-Soziologe Artur Meier gelangte nach dem Fall der Mauer zu der Erkenntnis, daß das Bildungssystem die Aufgabe hatte, „aus dem nachwachsenden Menschenmaterial stets gut ausgebildete, aber völlig systemhörige Arbeitsbienen zu züchten“.⁵⁸ Der Psychiater und der Soziologe formulierten damit im Grunde nur das, was die oberste Volkserzieherin Margot Honecker Jahre zuvor als Aufgabe des Bildungssystems vorgegeben hatte: „Wir wollen einen Menschen erziehen, der ein Kollektivmensch unserer Zeit ist, der weit mehr für das gesellschaftliche Leben als für seine persönlichen Interessen lebt.“⁵⁹ Noch kurz vor dem Ende der DDR, als die ideologische und wertemäßige Erosion des realen Sozialismus schon sichtbar wurde, beschwor die SED-Führung die Erfolge des sozialistischen Staates bei der „Produktion“ des „neuen Menschen“: „Der Sozialismus bringt massenhaft allseitig gebildete, hoch befähigte, talentierte Persönlichkeiten hervor.“⁶⁰

Da die Produktion des „neuen Menschen“ nicht immer reibungslos verlief, ja sich schon Kinder und Jugendliche gegenüber den Anmaßungen des Betreuungs- und Bildungspersonals widerspenstig zeigten und damit eine große Gefahr für die Entwicklung des Sozialismus darstellten, rekrutierte das MfS auch unter Kindern und Jugendlichen Spitzel. Etwa zehntausend Personen unter achtzehn Jahren „arbeiteten“ inoffiziell für die Stasi. Sie wurden in Jugendgruppen eingeschleust oder gehörten ihnen bereits an und sollten vor allem potenzielle jugendliche Staatsfeinde erkennen. Die meisten von ihnen – darunter viele Kinder politisch zuverlässiger Eltern – wurden in der Schule mit Hilfe des Lehrpersonals angeworben. Die Motive der jungen Leute, für die Stasi zu arbeiten, waren ähnlich vielschichtig wie die von erwachsenen Inoffiziellen Mitarbeitern: Neugierde, Machtnähe, ideologische Überzeugung, Opportunismus, Karrieredenken und Nebenverdienst. Nicht wenige wurden aber auch unter Druck gesetzt und zur Mitarbeit erpreßt.

55 Maaz, Hans-Joachim: Der Gefühlsstau. Ein Psychogramm der DDR. Berlin 1990, S. 13.

56 Der Spiegel Nr. 7/1990, S. 77.

57 Vgl. Maaz: Der Gefühlsstau, S. 25.

58 Der Spiegel Nr. 7/1990, S. 77.

59 Ebd., S. 84.

60 Wollé, Stefan: Die DDR: Versäumte Revolten und nationales Trauma. In: Wolfrum, Edgar (Hrsg.): Die Deutschen im 20. Jahrhundert. Darmstadt 2004, S. 747.

Die Perfidität der Stasi bestand darin, ihren jugendlichen IM das Gefühl zu geben, für eine historisch notwendige und sinnvolle Sache zu wirken. So wollte man den jugendlichen Spitzeln das Gefühl nehmen, ihr Verhalten sei schäbig. Sie sollten sich nicht als Denunzianten, sondern als Vertreter des Sozialismus sehen, dem die Zukunft gehört.⁶¹ Kinder und Jugendliche, die sich den Anmaßungen des Systems entzogen und durch renitentes Verhalten auffielen, wurden in sogenannte Jugendwerkhöfe weggesperrt, um ihnen das „Rückgrat zu brechen“ und sie zu „sozialistischen Persönlichkeiten“ zu erziehen. Wer auch in den „normalen“ Jugendwerkhöfen durch negatives Verhalten auffiel, kam in den geschlossenen Jugendwerkhof Torgau. Dort wurden die Jugendlichen wie in einem Gefängnis gehalten, in dem körperliche Züchtigungen und militärischer Drill die Tagesordnung prägten. Gleichwohl gelang es der SED in vielen Fällen nicht, diese Jugendlichen dem sozialistischen Leben anzupassen.

Für den ostdeutschen Psychologen Maaz zogen sich bestimmte von der SED vorgegebene Prinzipien und Verhaltensvorschriften durch das gesamte Leben: „[...] So ergibt sich das Bild eines umfassenden und kontinuierlichen Systems von Nötigung, Manipulation, Einengung, Kontrolle, Ängstigung, Strafe und Beschämung. Was in der Kindheit erzwungen wurde, haben die gesellschaftlichen Kräfte ausgenutzt und fortgeführt. Was von den Institutionen des Systems gefordert wurde, haben die Eltern den Kindern abverlangt. [...] Hierarchische Beziehungen und Machtverhältnisse haben das Leben in der DDR in allen Bereichen strukturiert und bestimmt. Ein Leben ohne die Unterordnung unter die Macht war praktisch kaum denkbar. Auf diese Weise war das Leben bei uns meist öde, gelähmt und eintönig und provinziell-spießig. Das Freche, Schillernde, Ausgefallene, Bunte und Überraschende hatte kaum eine Chance.“⁶²

Im öffentlichen Leben hielten sich die meisten Menschen an die Maßgaben der Partei, im privaten dachten und redeten sie hingegen zum Teil anders. Viele legten sich gleichsam als Selbstschutz ein doppeltes Gesicht zu. Genau darin liegt nach Meinung des bulgarischen Philosophen Todorov das nicht erkannte Gefährliche der sozialistischen Diktaturen auch nach ihrem Ende. In einer Gesellschaft, in der der totalitäre Staat den Individuen keine freie Wahl der Werte mehr zugesteht, sondern selbst bestimmt, was gut und böse, was richtig und falsch ist, und die Kontrolle auf die gesamte öffentliche Sphäre im Leben jeder Person ausdehnt, erzwingt er die Unterwerfung des Individuums unter die offiziellen Vorgaben. Die sozialistischen Untertanen erlagen der Illusion, allein ihr äußeres Verhalten – ihre Worte und Taten in der Öffentlichkeit – sei aufgesetzt bzw. gespielt, während sie in ihrem privaten Leben sich selber und ihrem Gewissen treu bleiben konnten. Stillschweigend schlossen Herrscher und Untertanen einen Vertrag, der scheinbar beide Seiten zufriedenstellte. Die Herrschenden glaubten sich der Loyalität ihrer Untertanen gewiss, während diese sich der Illusion hingaben, sie würden in ihrem Inneren hiervon unberührt bleiben. Doch das – so Todorov – war ein Irrtum. „Die gesellschaftliche Schizophrenie wurde so zu einer Waffe in den Händen der Macht und dazu benutzt, das Wissen der Untertanen einzuschläfern, sie zu beruhigen und sie die Gefährlichkeit dessen unterschätzen zu lassen, was sie in der Öffentlichkeit taten. Weil der Untertan Herr über sein Gewissen geblieben war, achtete er nicht mehr sehr darauf, was er ansonsten tat.“⁶³ Dieses schizophrene Verhalten bestimmt bis zum heutigen Tag den Rückblick vieler Ostdeutscher auf ihr Leben in der DDR. Partei und Staat hätten ihnen das offizielle Denken abgenommen, sie mehr oder weniger direkt gelenkt und

61 Vgl. Behnke, Klaus/Wolf, Jürgen: Stasi auf dem Schulhof. Der Missbrauch von Kindern und Jugendlichen durch das Ministerium für Staatssicherheit. Berlin 1998.

62 Maaz: Der Gefühlsstau, S. 53 f.

63 Todorov, Tsvetan: Angesichts des Äußersten. München 1993, S. 144 f.

kontrolliert. Der Einzelne fügte sich ins Kollektiv ein, machte und sagte, was von ihm erwartet wurde, sah sich als nicht selbstbestimmtes Rädchen in einem großen Räderwerk. Durch diese anerzogene Sichtweise verschwindet heute noch bei den Mitläufern und selbst bei denjenigen, die im Auftrag von Partei und Staat Verbrechen begangen, die individuelle Verantwortung hinter dem Schleier der von oben vorgegebenen Handlungsnotwendigkeit. Diese mentale Disposition hat insbesondere viele ältere Ostdeutsche bis heute nachhaltig geprägt, so daß sie jede Mitverantwortung für die negativen Seiten des realen Sozialismus schlichtweg ablehnen und auf die vermeintlich scharf getrennten Sphären von Alltag und Gesellschaft auf der einen und System auf der anderen Seite verweisen.

Letztlich scheiterte der reale Sozialismus in der Sowjetunion, aber auch in der von westlichen Transfers gestützten DDR daran, daß sich viele Menschen – keineswegs alle, schon gar nicht die überzeugte Intelligenz und die Funktionäre – Ende der achtziger Jahre dem Diktat der Herrschenden zu entziehen suchten. Die westliche Lebensweise, ihre Wohlstandsattribute und ihr Freiheitsversprechen strahlten auf den kommunistischen Osten aus. Die Kritik am sozialistischen Modell entzündete sich gleichermaßen an der Unterdrückung von Freiheit und Individualität als auch am vergleichsweise geringen Wohlstand. Die freie und wirtschaftlich erfolgreiche Welt des Westens wurde zur Perspektive derjenigen, die ihrer seriellen Massenexistenz im realen Sozialismus entfliehen wollen.

Das schnelle Ende des SED-Staates

Zum Schluß ging alles ganz schnell. Gerade noch hatte Honecker verkündet, die Mauer würde noch hundert Jahre stehen. Den Menschen, die über bundesdeutsche Botschaften und über Ungarn die DDR fluchtartig verließen, weinte er offiziell keine Träne nach. Am 7. Oktober 1989 riefen bei den Feiern zum 40. Jahrestag zehntausende ausgewählte und mit Fackeln versehene FDJ-Funktionäre bei ihrem Vorbeimarsch an den versammelten realsozialistischen Spitzenfunktionären nicht etwa „Erich, Erich“ oder „Hoch lebe die DDR“, sondern „Gorbi, Gorbi“ sowie „Gorbatschow, rette uns!“.

Dies und auch die warnenden Worte des sowjetischen KP-Chefs, wer zurückbleibe, den bestrafe das Leben, überhörte der mit der platten Parole „Vorwärts immer, rückwärts nimmer“ antwortende, sichtlich konsternierte Honecker. Als sich die Zahl der Flüchtenden und der Demonstranten im Oktober nahezu täglich erhöhte, zog das SED-Politbüro die Notbremse und entmachtete seinen langjährigen Generalsekretär sowie weitere Spitzenfunktionäre. Schon vorher hatte der oberste Unterdrücker – der Minister für Staatssicherheit Erich Mielke – in einer Rede vor der Volkskammer sich und seinen so genannten Sicherheitsapparat öffentlich lächerlich gemacht. Der jahrzehntelang am meisten gefürchtete und bei nicht wenigen verhaßte Tschekist stammelte als Reaktion auf die Kritik an Partei und sozialistischem Staat die Worte: „Ich liebe Euch doch alle“. Hierdurch dürfte die ohnehin nicht mehr große Verteidigungsbereitschaft vieler MfS-Mitarbeiter endgültig dahingeschmolzen sein, denn wenn sich selbst ihr oberster Chef zur lächerlichen Figur machte, wie sollten sie da noch den Sozialismus schützen?

Das auf Honecker folgende Duo Egon Krenz/Günter Schabowski mit Hans Modrow als Ministerpräsidenten konnte sich nur wenige Wochen an der Macht halten. Zu durchsichtig war das Bestreben, den weiteren Machterhalt der SED mit moderaten Tönen zu kaschieren. Gleichwohl gelang es Egon Krenz mit der Floskel von der „Wende“, die mit seiner Inthronisation eingeleitet worden sei, einen sprachpolitischen Coup zu landen, denn „Wende“ hat sich bis heute als der die Liquidation der DDR begleitende sprachliche Topos gehalten. Dabei bedeutet „Wende“ eine Banalisierung der Vorgänge und eine

Hervorhebung der SED, die zu diesem Zeitpunkt entgegen ihrer Selbstwahrnehmung nur noch – weitgehend hilflos – auf die sich überstürzenden Ereignisse reagierte. Tatsächlich jedoch war das Ende der DDR mit einem nahezu vollständigen Zusammenbruch all dessen, was diesen Staat über vier Jahrzehnte zusammengehalten hatte, und einer „friedlichen Revolution“ verbunden. Ungeachtet der begrifflichen Einordnung der Ereignisse steht eines zweifelfrei fest: Der Bevölkerung gelang es, die sozialistische Diktatur friedlich zu stürzen. Nach dem unbeabsichtigten schnellen Fall der Mauer in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1989 beschleunigte die Geschichte ihren Lauf. In der SED kam nun ans Tageslicht, was über Jahre, wenn nicht Jahrzehnte mit Rücksicht auf die Partei von einigen, vielleicht sogar von vielen, heruntergeschluckt worden war. Ein beeindruckendes Bild für den kläglichen Zustand nach über vierzigjähriger SED-Herrschaft stellen die Dokumente der letzten ZK-Tagungen im November/Dezember 1989 dar. In bemerkenswerter Offenheit beklagten angesichts des Zerfalls ihrer Macht ehemalige Führungskräfte das Elend, das sie selbst angerichtet hatten, und ergingen sich in Selbstmitleid. Einige ZK-Mitglieder forderten auf der Suche nach Sündenböcken die Wiedereinführung der Todesstrafe für die „Verbrecherbande des alten Politbüros“, so zum Beispiel der ehemalige 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Schwerin, Bernhard Quandt: „Liebe Genossen! Genosse Egon Krenz, wir haben im Staatsrat die Todesstrafe aufgehoben, ich bin dafür, dass wir sie wieder einführen, dass wir die strangulieren und erschießen, die unsere Partei in eine solche Schmach gebracht haben, dass die ganze Welt vor einem solchen Skandal steht, den sie noch niemals gesehen hat.“⁶⁴

Allein zwischen Oktober und Dezember 1989 verlor die SED etwa eine Million Mitglieder. Die Austrittswelle setzte sich auch Anfang des Jahres 1990 fort. Im Februar verzeichnete die Partei nur noch knapp 700 000 Mitglieder. Der Widerstand der alten Garde um Egon Krenz gegen ihre Entmachtung konnte von der Gruppe um Hans Modrow schnell gebrochen werden, zumal jetzt täglich Amtsmißbrauch und Korruption der alten Machtelite publik wurden. Schon vor der eilends einberufenen ZK-Tagung am 3. Dezember 1989⁶⁵ war es zu einem flächendeckenden Austausch der Parteifunktionäre bis hin zur Kreis- und Bezirksebene gekommen. Alle 15 Ersten Bezirkssekretäre und 142 Ersten Kreissekretäre wurden rasch ersetzt. Die neuen Funktionäre – aufgerückt von der zweiten und dritten in die erste Reihe – drängten auf einen schnellen und umfassenden Wechsel an der SED-Spitze, um das Überleben ihrer Partei und der DDR zu sichern.⁶⁶ In der kurzen Zeit zwischen November 1989 und Ende Januar 1990 hatte die SED nahezu alles verloren, was sie früher charakterisiert hatte. Die Mitglieder liefen ihr in Scharen davon, der Monopolanspruch auf Beherrschung von Gesellschaft und Staat ließ sich nicht mehr durchsetzen und ihre „Sicherheitsorgane“ waren zu Papiertigern verkommen – sie war eine politische Kraft neben anderen geworden. Um ihr lästiges Erbe nicht weiterhin im Namen tragen zu müssen, änderte sie ihn im Februar 1990 erneut – in nur noch PDS. Den Parteivorderen ging es inzwischen nicht mehr vornehmlich um die Rettung der DDR, sondern vor allem um die Absicherung der alten SED-Eliten und die Etablierung der ehemaligen Staatspartei im ostdeutschen Parteienspektrum. Nach der Einbindung der Opposition in die „Regierung der nationalen Verantwortung“ und der damit einhergehenden Neutralisierung, wenn nicht gar Instrumentalisierung des zentralen Runden Tisches für die Regierungspolitik, erließ die Regierung Modrow Gesetze und Anordnungen mit weitreichenden politischen, ökonomischen und sozialen

64 Zit. nach Stephan, Gerd-Rüdiger: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“ Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/89. Berlin 1994, S. 276.

65 Vgl. Hertle, Hans-Hermann/Stephan, Gerd-Rüdiger: Das Ende der SED. Die letzten Tage des Zentralkomitees. Berlin 1997, S. 92 ff.

66 Vgl. Schroeder: Der SED-Staat, S. 400.

Folgen. Die nachfolgende, demokratisch legitimierte Regierung de Maizière übernahm nahezu alle diesbezüglichen Bestimmungen. Die wichtigsten „fortwirkenden Maßnahmen“ waren:

- Mit der „Verordnung zur Arbeit mit Personalunterlagen“ durften alle öffentlich Beschäftigten und auch die Nomenklatur ihre Kaderakten eigenhändig – ohne Kontrolle – säubern.
- Durch mehrere Grundstücksgesetze konnten DDR-Bürger „volkseigene“ Ein- und Zweifamilienhäuser sowie Grundstücke billig erwerben. Diese Gesetze begünstigten in erster Linie SED-loyale Personen, aber auch Prominente wie zum Beispiel den Schriftsteller Stefan Heym, der im Frühjahr 1990 ein Grundstück zu einem Preis von 3 000 Ostmark kaufte, obwohl der tatsächliche Wert, wie sich bald herausstellte, etwa 200 000 D-Mark betrug. Insgesamt wurden mit diesen Gesetzen zwischen März und Oktober 1990 Grundstücke und Immobilien im Wert von mehreren Milliarden Mark zu Spottpreisen an die bisherigen Besitzer „verkauft“.
- Unmittelbar nach dem Fall der Mauer wurden tausende MfS-Mitarbeiter neu legiert und in andere Dienststellen umgesetzt.⁶⁷

Einer der Chefideologen der SED, der Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Otto Reinhold, sprach im November 1989 von einer ernsten gesellschaftlichen Krise, die auch eine Krise der Partei sei. Dabei erläuterte er den erstaunten Genossen einen Zusammenhang, der sich schon kurze Zeit später bewahrheiten sollte: „Ohne die SED hätte es in der Deutschen Demokratischen Republik keinen Sozialismus gegeben, und ohne die SED wird es auch in der Zukunft keinen Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik geben. [...] Ohne Sozialismus in der DDR wird es auf die Dauer keine zwei deutschen Staaten geben.“⁶⁸

Er sollte recht behalten! 26 Jahre nach dem Fall der Mauer erstrahlt Ostdeutschland in neuem Glanz. Trotz vieler Probleme und Schwierigkeiten gelang es, „blühende Landschaften“ nicht nur im reinen Wortsinn, sondern auch im Aufbau neuer wirtschaftlicher und sozialer Strukturen zu schaffen. Angesichts der Ausgangslage – der katastrophalen Schlußbilanz des SED-Staates – ist dies eine wahrhaft gigantische Leistung, die allerdings ihren Preis kostet(e). Nach verschiedenen Schätzungen belaufen sich die staatlichen Finanztransfers von West nach Ost von 1990 bis 2015 auf 1,6 bis zwei Billionen Euro.⁶⁹

67 Vgl. Schroeder: Der SED-Staat, S. 439 ff.

68 Zit. nach: Hertle/Stephan: Das Ende der SED, S. 71.

69 Vgl. Schroeder, Klaus: Angleichung und Distanz – Deutschland 25 Jahre nach der Wiedervereinigung, in: Wirtschaftsdienst. Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Heft 6/2015, S. 388 ff.